

Die Verfassungen der EU-Staaten im Vergleich

Die Verfassungssynopse für die erste und die zweite Auflage wurde von Frank Brettschneider erstellt. Eva-Maria Trüdinger hat die für die dritte Auflage erforderlichen Ergänzungen und Änderungen vorgenommen.

Verfassung und Verfassungsänderung

	<i>Bezeichnung</i>	<i>Bestimmungen über Verfassungsänderungen</i>
Belgien	Koordinierte Verfassung Belgiens, Neufassung beschlossen am 17. Februar 1994 (ursprünglich 7. Februar 1831)	Beide Kammern und der König erklären, dass sie die Verfassung ändern wollen, dann werden die Kammern aufgelöst und neu berufen; in den neu berufenen Kammern ist eine 2/3-Mehrheit der Stimmen nötig; Terminologianpassung ohne Parlamentsauflösung (195)
Bulgarien	Verfassung der Republik Bulgarien, beschlossen am 12. Juli 1991	2 Möglichkeiten: 1. auf Initiative von mindestens 50 Prozent der Parlamentsabgeordneten oder des Präsidenten ordentliche Wahl zur Großen Volksversammlung (400 Abgeordnete), die über eine neue Verfassung, Verfassungsänderungen zum bulgarischen Territorium, internationale Verträge etc. mit 2/3-Mehrheit beschließen muss; nach Beschlussfassung wird die Große Volksversammlung aufgelöst, der Präsident setzt Neuwahlen an (157–162); 2. alle anderen Verfassungsänderungen und -ergänzungen beschließt die Volksversammlung mit 3/4-Mehrheit auf Initiative von mindestens 25 Prozent der Abgeordneten oder des Präsidenten (153–155)
Dänemark	Verfassung des Königreiches Dänemark, beschlossen am 5. Juni 1953	Wenn Parlament und Regierung einer Verfassungsänderung zustimmen, wird eine Parlamentsneuwahl ausgeschrieben; wenn das neu gewählte Parlament die Änderung annimmt, erfolgt binnen eines halben Jahres eine Volksabstimmung; dort sind die Mehrheit der abgegebenen Stimmen und die Zustimmung von mindestens 40 Prozent der Stimmberechtigten nötig; abschließend muss der König zustimmen (88)
Deutschland	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, beschlossen am 23. Mai 1949	Zustimmung beider Kammern mit 2/3-Mehrheit nötig; <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : föderale Struktur, Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung, Grundrechte der Artikel 1 und 20 (79)
Estland	Verfassung der Republik Estland, beschlossen am 28. Juni 1992	Initiativrecht haben der Präsident der Republik und mindestens 1/5 der Parlamentsabgeordneten; Verfassungsänderungsgesetz wird angenommen durch: 1. eine Volksabstimmung, die von 3/5 der Abgeordneten beantragt wird; 2. das Parlament in zwei aufeinanderfolgenden Zusammensetzungen; 3. das Parlament in einem Dringlichkeitsverfahren nach Antrag von 4/5 der Abgeordneten und mit 2/3-Mehrheit; Änderungen der Abschnitte I und XV nur durch Volksabstimmung (161–166)

Finnland	Grundgesetz Finnlands, beschlossen am 11. Juni 1999	2 Möglichkeiten: 1. eine durch einfache Stimmenmehrheit gebilligte Vorlage wird bis zur ersten Parlamentssitzung ein Jahr nach den Parlamentswahlen ausgesetzt und dann ohne inhaltliche Änderungen mit 2/3-Mehrheit gebilligt; 2. ein Antrag wird durch 5/6-Mehrheit im Parlament als dringlich erklärt und kann sofort mit 2/3-Mehrheit verabschiedet werden (73)
Frankreich	Verfassung der Republik Frankreich, beschlossen am 4. Oktober 1958 (und Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (EMB), Umweltcharta (UC), Präambel der Verfassung von 1946 (P))	Präsident und Parlamentsmitglieder haben Initiativrecht; 2 Möglichkeiten: 1. beide Kammern beschließen Änderung mit einfacher Mehrheit, es folgt ein Volksentscheid; 2. der Präsident beruft das Parlament als Kongress ein; erhält die Änderung dort eine 3/5-Mehrheit, so ist ein Volksentscheid nicht nötig; <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : republikanische Staatsform (89)
Griechenland	Verfassung der Republik Griechenland, beschlossen am 9. Juni 1975	Auf Antrag von mindestens 50 Abgeordneten erfolgen zwei Parlamentsabstimmungen, die mindestens einen Monat auseinander liegen, es ist je eine 3/5-Mehrheit nötig; das nächste Parlament muss erneut über die Änderung abstimmen, dort ist die absolute Mehrheit aller Mitglieder nötig; <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : parlamentarische Staatsform, Grundrechte der Artikel 2, 4, 5, 13 (110)
Irland	Verfassung der Republik Irland, beschlossen am 1. Juli 1937	Erst Zustimmung beider Kammern, dann Volksentscheid; beim Volksentscheid ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig (46, 47)
Italien	Verfassung der Republik Italien, beschlossen am 27. Dezember 1947	Je zwei, mindestens drei Monate auseinander liegende Abstimmungen in beiden Kammern; 2 Möglichkeiten: 1. der Entwurf erhält in beiden Kammern in der zweiten Abstimmung je eine 2/3-Mehrheit und ist damit angenommen; 2. er erhält die absolute Mehrheit; dann wird ein Volksentscheid durchgeführt, falls dies von 1/5 der Mitglieder einer Kammer, 500.000 Wählern oder fünf Regionalräten verlangt wird; im Volksentscheid ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig; <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : republikanische Staatsform (138, 139)
Lettland	Verfassung der Republik Lettland, beschlossen am 15. Februar 1922	Änderungen durch das Parlament in drei Lesungen durch 2/3 Mehrheit, wenn in den Sitzungen mindestens 2/3 der Abgeordneten teilnehmen; Änderungen der Artikel 1–4, 6 und 77 nur mit anschließender Volksabstimmung; Initiativrecht auch beim Volk, wenn mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten einen ausgearbeiteten Entwurf einbringen, bei Ablehnung durch das Parlament Volksabstimmung; beim Volksentscheid ist die Zustimmung durch mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten erforderlich (76–80)

Litauen	Verfassung der Republik Litauen, beschlossen am 25. Oktober 1992	Zwei, mindestens drei Monate auseinander liegende Abstimmungen im Parlament mit 2/3-Mehrheit für Änderungen; Ausnahmen: 1. Artikel 1 kann nur durch Zustimmung von 3/4 der wahlberechtigten Bürger im Referendum geändert werden; 2. Artikel aus Kapitel 1 und 14 können nur durch Referendum geändert werden; Initiative entweder durch eine Gruppe von mindestens 1/4 der Parlamentsmitglieder oder durch mindestens 300.000 Wahlberechtigte (147, 148)
Luxemburg	Verfassung des Großherzogtums Luxemburg, beschlossen am 17. Oktober 1868	„Jede Verfassungsänderung muss in gleichem Wortlaut von der Abgeordnetenkammer in zwei Abstimmungen angenommen werden, zwischen denen mindestens drei Monate liegen müssen“; Zustimmung mit 2/3-Mehrheit nötig; Volksentscheid nach erster Lesung in der Kammer, der unter Umständen die zweite Parlamentsabstimmung ersetzen kann (114)
Malta	Verfassung der Republik Malta, beschlossen am 21. September 1964	Verfassungsänderung durch das Parlament, in der Regel mit 2/3-Mehrheit, in manchen Fällen auch absolute Mehrheit ausreichend; u. a. bei Änderung des Artikels über die Parlamentsauflösung Volksentscheid mit Zustimmung durch mindestens die Hälfte der teilnehmenden Wahlberechtigten erforderlich (66)
Niederlande	Verfassung des Königreiches der Niederlande, beschlossen am 17. Februar 1983	Vom König oder von der zweiten Kammer wird durch ein Gesetz erklärt, dass die Verfassung geändert werden soll; darauf wird die zweite Kammer aufgelöst und neu gewählt; in beiden Kammern ist dann zur Annahme eine 2/3-Mehrheit der Stimmen nötig; abschließend muss der König zustimmen (137–141)
Österreich	Bundesverfassungsgesetz der Republik Österreich, beschlossen am 10. November 1920 in der Fassung vom 7. Dezember 1929 (mit Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (K) vom 4. November 1950)	Verfassungsgesetze können vom Nationalrat mit 2/3-Mehrheit geändert werden; betreffen Verfassungsgesetze die Zuständigkeit der Länder, muss zudem der Bundesrat mit 2/3-Mehrheit zustimmen; eine Gesamtänderung der Bundesverfassung bedarf einer Volksabstimmung (44)
Polen	Verfassung der Republik Polen, beschlossen am 2. März 1997	Gesetzesvorlage über Änderung der Verfassung von mindestens 1/5 der Abgeordneten, dem Senat oder dem Präsidenten; das Gesetz über die Verfassungsänderung wird erst vom Sejm mit 2/3-Mehrheit, maximal 60 Tage später vom Senat mit absoluter Mehrheit beschlossen und dann vom Präsidenten unterzeichnet; unter bestimmten Bedingungen kann ein Referendum über das Gesetz verlangt werden (235)

Portugal	Verfassung der Republik Portugal, beschlossen am 2. März 1976	Zustimmung des Parlaments mit 2/3-Mehrheit aller Mitglieder nötig; Revision in der Regel erst fünf Jahre nach der letzten Verfassungsänderung; Initiativrecht bei Abgeordneten des Parlaments; <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : nationale Unabhängigkeit, republikanische Regierungsform, Trennung von Staat und Kirche, Grundrechte, Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften, Wahlen, Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte, Selbständigkeit der kommunalen Körperschaften sowie der Azoren und Madeira (284–289)
Rumänien	Verfassung der Republik Rumänien, beschlossen am 22. Oktober 2003 (umfassende Revision der Verfassung von 1991)	Initiativrecht für den Präsidenten auf Vorschlag der Regierung, für mindestens 1/4 der Abgeordneten oder der Senatoren oder für mindestens 500.000 Wahlberechtigte, zusätzliche Bedingungen für Anträge der Bürger (150); Annahme der Änderung durch mindestens 2/3 der Abgeordneten und der Senatoren, bei Nichteinigung durch mindestens 3/4 aller Abgeordneten in einer gemeinsamen Sitzung, und bei Bestätigung der Änderung durch eine Volksabstimmung (151); <i>von Änderungen ausgeschlossen</i> : Bestimmungen zur nationalen Unabhängigkeit und Einheit des Staates und des Staatsgebiets, zur republikanischen Regierungsform, Unabhängigkeit der Justiz, zum politischen Pluralismus und zur Amtssprache, Bestimmungen, welche Menschenrechte missachten, keine Änderungen u. a. in Kriegszeiten (152)
Schweden	Verfassung des Königreiches Schweden, beschlossen am 1. Januar 1975; Verfassung besteht heute aus vier Grundgesetzen (1.3)	Vorschläge zur Verfassungsänderung werden im Parlament durch zwei gleich lautende Beschlüsse mit einfacher Mehrheit verabschiedet; der zweite Beschluss kann erst durch einen neu gewählten Reichstag erfolgen; auf Wunsch von mindestens 10 Prozent der Abgeordneten und bei Zustimmung zu diesem Antrag von mindestens 1/3 der Abgeordneten erfolgt eine Volksabstimmung über den ersten Beschluss (8.15, 4.5)
Slowakische Republik	Verfassung der Slowakischen Republik, beschlossen am 1. September 1992	Annahme der Verfassung, Änderung der Verfassung und Verfassungsgesetz durch den Nationalrat mit 3/5-Mehrheit (84); Initiativrecht für ein Gesetz allgemein bei Parlamentsabgeordneten und -ausschüssen und bei der Regierung (87); Verfassungsgesetze über den Beitritt zu einem Staatsverband oder über den Austritt aus einem Verband müssen durch Referendum bestätigt werden (93)

Slowenien	Verfassung der Republik Slowenien, beschlossen am 23. Dezember 1991	Ein Antrag auf ein Verfahren zur Verfassungsänderung kann von 20 Abgeordneten der Staatsversammlung, von der Regierung oder von mindestens 30.000 Wählern gestellt werden; eine Verfassungsänderung wird von der Staatsversammlung mit 2/3-Mehrheit beschlossen; auf Antrag von mindestens 30 Abgeordneten der Staatsversammlung muss eine Verfassungsänderung durch ein Referendum vom Volk bestätigt werden (168–170)
Spanien	Verfassung des Königreiches Spanien, beschlossen am 29. Dezember 1978	Initiativrecht bei der Regierung, dem Kongress, dem Senat und den Versammlungen der Autonomen Gemeinschaften (166, 87); Zustimmung beider Kammern mit je 3/5-Mehrheit nötig; auf Wunsch von 1/10 der Mitglieder einer Kammer erfolgt eine Volksabstimmung (166–169); erschwertes Revisionsverfahren bei Gesamtrevision oder Änderung des Grundrechtteils (168)
Tschechische Republik	Verfassung der Tschechischen Republik, beschlossen am 16. Dezember 1992 (mit Charta der Grundrechte und Grundfreiheiten (C))	Ergänzung oder Änderung der Verfassung nur durch Verfassungsgesetze; „eine Änderung der wesentlichen Erfordernisse des demokratischen Rechtsstaates ist unzulässig“ (9); Initiativrecht für ein Gesetz allgemein bei Abgeordneten, dem Senat, der Regierung oder bei der Vertretung eines höheren territorialen Selbstverwaltungskomplexes (41); Zustimmung der Abgeordnetenkammer und des Senats mit 3/5-Mehrheit erforderlich (30)
Ungarn	Verfassung der Republik Ungarn, beschlossen am 20. März 1949	Verfassungsänderungen und Entscheidungen über die Verfassung durch das Parlament mit 2/3-Mehrheit (19, 24); Volksabstimmung ist möglich, ausgenommen sind u. a. Bestimmungen der Verfassung zur Volksabstimmung (28c)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Keine Verfassungsurkunde, sondern: Magna Charta Libertatum (1215), Petition of Rights (1627), Habeas-Corpus-Akte (1679), Bill of Rights (1689), Act of Settlement (1701), Parliamentsgesetze (1911, 1949, 1998, 1999), Human Rights Act (HRA, 1998), Gesetze zur Regionalautonomie (1998)	Keine Regelung
Zypern	Verfassung der Republik Zypern, beschlossen am 16. August 1960; Volksgruppenverfassung und Dualismusprinzip wegen Rückzug der Türkisch-Zyprioten aus allen staatlichen Institutionen faktisch nicht mehr gültig	Zentrale Artikel der Verfassung können nicht geändert werden; Verfassungsänderungen durch Gesetz, das mindestens mit 2/3-Mehrheit der Abgeordneten der beiden Volksgruppen verabschiedet werden muss (182, Annex III)

Staatsform, Souverän, Gewaltenteilung

	<i>Staatsform</i>	<i>Souverän</i>	<i>Gewaltenteilung</i>
Belgien	demokratisch-parlamentarische konstitutionelle Monarchie	„Alle Gewalten gehen von der Nation aus“ (33)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : König, Abgeordnetenversammlung und Senat gemeinsam (36); <i>vollziehende Gewalt</i> : König (37); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte (40)
Bulgarien	demokratisch-parlamentarische Republik	„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird von ihm unmittelbar und durch die in dieser Verfassung vorgesehenen Organe ausgeübt“ (1)	Gewaltenteilung (8); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Volksversammlung (62); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (105); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Rechtspflege im Namen des Volkes (117, 118)
Dänemark	demokratisch-parlamentarische konstitutionelle Monarchie	Keine Regelung	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : König und Parlament gemeinsam (3); <i>vollziehende Gewalt</i> : König (3); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte (3); sie sollen von der Verwaltung getrennt sein (62)
Deutschland	demokratisch-parlamentarischer Bundesstaat	„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt“ (20)	<i>gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt</i> sind an das Recht gebunden (1, 20); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Richter (92, 97)
Estland	demokratisch-parlamentarische Republik	Estland ist eine Republik, „in welcher Träger der obersten Staatsgewalt das Volk ist“ (1)	Trennung und Gleichgewicht der Gewalten (4); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Staatsversammlung (59); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (86); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (146)
Finnland	demokratisch-parlamentarische Republik	„Träger der Staatsgewalt in Finnland ist das Volk, das vom Reichstag vertreten wird“ (2)	Gewaltenteilung (3); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Reichstag; <i>vollziehende Gewalt</i> : Präsident der Republik und Staatsregierung; <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (3)
Frankreich	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die nationale Souveränität liegt beim Volk, das sie durch seine Vertreter und durch den Volksentscheid ausübt“ (3)	Gewaltenteilung (EMB 16); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament (34); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichtsbarkeit (64)
Griechenland	demokratisch-parlamentarische Präsidialrepublik	„Alle Gewalt geht vom Volke aus“ (1)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament und Präsident der Republik (26); <i>vollziehende Gewalt</i> : Präsident der Republik und Regierung (26); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (26, 87)
Irland	demokratisch-parlamentarische Republik	Alle Gewalt geht „nächst Gott vom Volke aus, dessen Recht es ist, die Regierenden des Staates zu bestimmen und in letzter Instanz alle Fragen der nationalen Politik in Einklang mit den Erfordernissen des Gemeinwohles zu entscheiden“ (6)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Repräsentantenhaus und Senat (15); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (28); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (34, 35)

Italien	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die Souveränität liegt beim Volk“ (1)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : beide Kammern gemeinsam (70); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (95); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Richter (101, 104)
Lettland	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die souveräne Gewalt des Staates Lettland gehört dem lettländischen Volke“ (1)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament (64); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (82, 83)
Litauen	demokratisch-parlamentarische Republik	Die Souveränität gehört der Nation und darf durch niemanden eingeschränkt werden (2, 3); die Nation übt ihre oberste souveräne Gewalt entweder direkt oder durch ihre demokratisch gewählten Vertreter aus (4)	Staatsgewalt ist durch die Verfassung begrenzt (5); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament (67); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (94); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (109)
Luxemburg	demokratisch-parlamentarisches Großherzogtum	„Die souveräne Gewalt liegt bei der Nation“ (32)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Großherzog und Abgeordnetenversammlung (46, 47); <i>vollziehende Gewalt</i> : Großherzog (33); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte, im Namen des Großherzogs (49)
Malta	demokratisch-parlamentarische Republik	Keine Regelung	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament: Präsident und Repräsentantenhaus (51); <i>vollziehende Gewalt</i> : Präsident, Regierung (78); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte (95, 99)
Niederlande	demokratisch-parlamentarische konstitutionelle Monarchie	Keine Regelung	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Regierung und Parlament (81); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Richter (112, 113)
Österreich	demokratisch-parlamentarische Republik	„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ (1)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Nationalrat und Bundesrat (24); <i>vollziehende Gewalt</i> : Bundespräsident, Bundesminister und Staatssekretäre und Mitglieder der Landesregierungen (19.1); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Oberster Gerichtshof und unabhängige Richter (87, 92)
Polen	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die oberste Gewalt in der Republik Polen steht dem Volk zu“ (4.1); „das Volk übt die Gewalt durch seine Vertreter oder unmittelbar aus“ (4.2)	Trennung und Gleichgewicht der Gewalten (10); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Sejm und Senat (10); <i>vollziehende Gewalt</i> : Präsident der Republik Polen und Ministerpräsident (10); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte und Gerichtshöfe (10, 173)

Portugal	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die einzige und unteilbare Souveränität steht dem Volke zu“ (3), Basis der Republik: Souveränität des Staatsvolkes (2); „die direkte und aktive Teilnahme der Männer und Frauen am politischen Leben ist Voraussetzung und wesentliches Mittel für die Festigung der demokratischen Ordnung“ (109)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament und Regierung, je nach Ermächtigung (164, 165, 200); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (182, 199); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (202, 203)
Rumänien	demokratisch-parlamentarische Republik	Die nationale Souveränität liegt beim rumänischen Volk, das sie über ihre gewählten Vertreter und unmittelbar beim Referendum ausübt (2)	Trennung und Gleichgewicht der Gewalten (1); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament (61); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (102); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte; unparteiische Justiz (124)
Schweden	demokratisch-parlamentarische konstitutionelle Monarchie	„Alle öffentliche Gewalt in Schweden geht vom Volk aus (...). Die öffentliche Gewalt wird unter dem Gesetz ausgeübt“ (1.1)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament (1.4); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (1.6); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte (1.8)
Slowakische Republik	demokratisch-parlamentarische Republik	„Die Staatsgewalt rührt von den Bürgern her, die sie durch ihre gewählten Vertreter oder unmittelbar ausüben“ (2)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Nationalrat (72); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (108); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige und unparteiische Gerichte, getrennt von sonstigen Staatsorganen (141)
Slowenien	demokratisch-parlamentarische Republik	„In Slowenien steht die oberste Gewalt dem Volke zu. Die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger üben diese unmittelbar und in Wahlen (...) aus“ (3)	Gewaltenteilung (3); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Staatsversammlung und Staatsrat (87, 97); <i>vollziehende Gewalt</i> : Staatspräsident und Regierung (107, 114); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Oberster Gerichtshof und unabhängige Richter (125, 127)
Spanien	demokratisch-parlamentarische Monarchie	„Das spanische Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, ist Träger der nationalen Souveränität“ (1); „die Bürger haben das Recht, an den öffentlichen Angelegenheiten direkt oder durch Vertreter (...) teilzunehmen“ (23)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Kongress und Senat (66); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (97); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Richter (117)
Tschechische Republik	demokratisch-parlamentarische Republik	„Das Volk ist die Quelle aller Staatsgewalt und übt diese mittels der Organe der gesetzgebenden, vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt aus“ (2)	Gewaltenteilung (2); <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament, bestehend aus Abgeordnetenhaus und Senat (15); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (67); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (81)

Ungarn	demokratisch-parlamentarische Republik	Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus, „das die Volkssouveränität durch seine gewählten Abgeordneten und unmittelbar ausübt“ (2)	<i>gesetzgebende Gewalt</i> : Parlament als höchstes Organ der Staatsmacht (19); <i>vollziehende Gewalt</i> : Regierung (35); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : unabhängige Gerichte (45, 50)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	demokratisch-parlamentarische konstitutionelle Monarchie	Keine Regelung	Keine Regelung
Zypern	demokratisch-parlamentarische Republik	Keine Regelung; de facto griechisch-zypriotische Volksgruppe als Souverän	Duale Staatsorganisation mit Ämtern für beide Volksgruppen; <i>gesetzgebende Gewalt</i> : Repräsentantenhaus und Volksgruppenkammern (61, 87); <i>vollziehende Gewalt</i> : Präsident und Vizepräsident (46); <i>rechtsprechende Gewalt</i> : Gerichte (152)

Grundrechte und Grundpflichten

	<i>Allgemeine Persönlichkeitsrechte</i>	<i>Politische Rechte und Pflichten</i>
Belgien	Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (12, 13), Verbot der Todesstrafe (14a)/Gleichheit vor dem Gesetz (10), Gleichheit von Mann und Frau (10), Minderheitenschutz (11)/Briefgeheimnis (29), Unverletzlichkeit der Wohnung (15)	Meinungs- und Pressefreiheit (19, 25)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (26, 27)/Wahlpflicht (62)
Bulgarien	Schutz der Menschenrechte (4, 6)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Folterverbot, Schutz vor Experimenten (6, 28–30, 35, 56)/Gleichheit vor dem Gesetz (6)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz des Privatlebens (32–34)/Recht auf Informationsgewinnung (41)	Meinungs- und Pressefreiheit (39, 40)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (43, 44)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (54)/Pflicht zur Verfassungs- und Gesetzestreue (58), zur Verteidigung des Vaterlandes (59), zur Entrichtung von Steuern (60)/Recht und Pflicht zum Gebrauch der bulgarischen Sprache (36)
Dänemark	Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (71)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung (72)	Meinungs- und Pressefreiheit (77)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (79, 78)
Deutschland	Schutz der Menschenrechte (1)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (2, 11, 103, 104), Verbot der Todesstrafe (102)/Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Mann und Frau (3)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (10), Unverletzlichkeit der Wohnung (13)	Meinungs- und Pressefreiheit (5)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (8, 9)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (5)/Widerstandsrecht bei versuchter Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung (20)
Estland	Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit (16, 19); Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (13, 15, 20, 34), Folterverbot (18)/Gleichheit vor dem Gesetz (12), Recht auf Schutz des Staates und des Gesetzes (13)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (43), Unverletzlichkeit der Wohnung (33)/Recht auf Informationsgewinnung und Datenschutz (42, 44)/Recht auf Gründung bestimmter Selbstverwaltungseinrichtungen für nationale Minderheiten (50)	Meinungs- und Pressefreiheit (41, 45)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (47, 48)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (38)/Widerstandsrecht bei gewaltsamer Änderung der Verfassung (54)/Pflicht zur Verfassungstreue und zur Verteidigung der estnischen Unabhängigkeit (54)
Finnland	Schutz der Menschenrechte (1)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (7, 9, 21), Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (7)/Gleichheit vor dem Gesetz (6)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Schutz des Privatlebens (10)	Meinungsfreiheit und Recht auf Öffentlichkeit/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (13)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (16)/Recht auf Mitbestimmung (14)
Frankreich	Schutz der Menschenrechte (EMB 2, P)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (66; EMB 1, 2, 4, 7)/Gleichheit vor dem Gesetz (2; EMB 1, 6)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (P)	Meinungsfreiheit (EMB 10, 11)/Widerstandsrecht bei Unterdrückung (EMB 2)

Griechenland	Schutz der Menschenrechte (25)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (5–8, 20, 25), eingeschränktes Verbot der Todesstrafe für politische Straftaten, Folterverbot (7)/Gleichheit vor dem Gesetz (4)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (4)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (19), Unverletzlichkeit der Wohnung (9)/Recht auf Informationsgewinnung und auf Datenschutz (5a, 9a)	Meinungs- und Pressefreiheit (14, 15)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (11, 12)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (16)/Widerstandsrecht bei versuchter Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung (120)/Pflicht zur Verfassungstreue (120), Wahlpflicht (51)
Irland	Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (40)/Gleichheit vor dem Gesetz (40)/Unverletzlichkeit der Wohnung (40)/Recht des ungeborenen Lebens (40)	Meinungs- und Pressefreiheit (40)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (40)
Italien	Schutz der Menschenrechte (2)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (13, 16, 24, 25, 27)/Gleichheit vor dem Gesetz (3)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (15), Unverletzlichkeit der Wohnung (14)	Meinungs- und Pressefreiheit (21)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (17, 18)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (33)/Wahlpflicht (48)
Lettland	Schutz der Ehre und Würde des Menschen (95)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Folterverbot (92–95, 98)/Gleichheit vor dem Gesetz (91)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Privatlebens (96)/Entfaltungsrecht für ethnische Minderheiten (114)	Meinungs- und Pressefreiheit (100)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (102, 103)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (113)
Litauen	Schutz der Menschenrechte und Freiheiten (18)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Folterverbot (19, 20, 21, 30–32)/Gleichheit vor dem Gesetz (29)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis und Schutz des Privatlebens (22), Unverletzlichkeit der Wohnung (24)/Rechte der ethnischen Gruppen (37, 45)	Meinungs- und Pressefreiheit, Zensurverbot (25, 44)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (35, 36)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (42)/Recht auf Kritik an staatlichen Institutionen, Recht auf direkte und indirekte politische Beteiligung (33)
Luxemburg	Schutz der „Naturrechte der menschlichen Person“ (11)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör (12–14), Verbot der Todesstrafe (18)/Gleichheit vor dem Gesetz (10a, 11)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (28), Unverletzlichkeit der Wohnung (15)	Meinungs- und Pressefreiheit (7)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (9, 8)/Wahlpflicht gesetzlich geregelt
Malta	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Folterverbot, (32–34, 36, 39, 44)/Diskriminierungsverbot (45), gleiche Rechte für Männer und Frauen (14)/Schutz des Privatlebens und des eigenen Besitzes (38)/Kommunikationsfreiheit und Schutz der Korrespondenz (41)	Meinungs- und Pressefreiheit (41)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (42)
Niederlande	Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, (2, 15–17), Verbot der Todesstrafe (114)/Gleichheit (1)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (13), Unverletzlichkeit der Wohnung (12), Schutz der Privatsphäre (10)	Meinungs- und Pressefreiheit (20)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (8, 9)

Österreich	Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte (K1)/Recht auf Leben (K2), persönliche Freiheit (K5, K6), rechtliches Gehör (K6), Folterverbot (K3), Verbot der Todesstrafe (85)/Gleichheit vor dem Gesetz (7), Verbot der Benachteiligung (K14)/Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimnis (K8)	Meinungsfreiheit (K10)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (K11)/Wahlpflicht in bestimmten Fällen (60, 95)
Polen	Unverletzlichkeit und Schutz der Menschenwürde (30)/Recht auf persönliche Freiheit (31, 52), richterliches Gehör (45), Folterverbot (40)/Gleichheit vor dem Gesetz, Diskriminierungsverbot (32)/Schutz des Lebens (38)/Verbot wissenschaftlicher und medizinischer Experimente an Menschen ohne deren Zustimmung (39)/Schutz des Privatlebens (47), Unverletzlichkeit der Wohnung (50)/Datenschutz (51)/Rechte der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen (35)/Recht auf Informationen (54, 61)	Pressefreiheit und Freiheit anderer Mittel der gesellschaftlichen Kommunikation (14, 49, 55)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Recht auf Tarifverhandlungen (57–59)/Freiheit der Kunst und Wissenschaft (73)/Pflicht zur Treue gegenüber der Republik Polen und Sorge um das gemeinsame Wohl (82), Verpflichtung öffentlichen Lasten und Pflichten, insbesondere der Steuerpflicht nachzukommen (84), Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes (85.1)
Portugal	Schutz der Menschenrechte (1, 2)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (20, 24–32, 35, 44)/Gleichheit vor dem Gesetz (13)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung (34)/Recht auf Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung (35)	Meinungs- und Pressefreiheit (37, 38)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (45, 46)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (42)/Widerstandsrecht bei Angriff auf eigene Rechte, Freiheiten und Garantien (21)/Wahlpflicht (49)
Rumänien	Schutz der Menschenrechte (1)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (21–25)/Gleichheit vor dem Gesetz (16)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz des Privatlebens (26–28)/Recht auf Information (31)/Rechte und Schutz der nationalen Minderheiten, Diskriminierungsverbot (4, 6)	Meinungs- und Pressefreiheit, Verbot der Zensur (29–30)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (39, 40)/Freiheit der Kunst und freier Zugang zur Kunst (33)/Pflicht zur Treue gegenüber dem Land, Recht und Pflicht zur Verteidigung des Landes und zur Entrichtung von Steuern, Verbot der Einschränkung von Rechten und Freiheiten anderer Bürger (54–57)
Schweden	Schutz der Menschenrechte (1.2)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (1.2, 2.4, 2.5, 2.7, 2.8, 2.9)/Gleichheit vor dem Gesetz (1.2, 2.15)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (2.16), Gleichstellung von Ausländern (2.22)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit des Körpers und der Wohnung (2.6), Schutz des Privatlebens (1.2)/Recht auf Datenschutz (2.3)/Schutz und Recht auf Entfaltung von Minderheiten (1.2)	Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit (1.1, 2.1)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (2.1)/Freiheit der Kunst (1.19)

Slowakische Republik	Schutz der Menschenrechte (12)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (14–17, 23, 46–48)/Gleichheit vor dem Gesetz (12)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung, Schutz des Privatlebens (19, 21, 22)/Recht auf Datenschutz (19), Recht auf Informationen (26)/Rechte der nationalen Minderheiten und der ethnischen Gruppen (33, 34)	Meinungs- und Pressefreiheit (26)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (28, 29, 37)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (43)/Widerstandsrecht bei Verletzung der demokratischen Ordnung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (32)/Pflicht zur Verteidigung der Slowakischen Republik (25)
Slowenien	Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (5,15)/Recht auf persönliche Freiheit, Würde und Sicherheit und rechtliches Gehör (19, 23, 34), Verbot der Todesstrafe (17), Folterverbot (18)/Gleichheit vor dem Gesetz (14)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (37), Schutz des Privatlebens, Unverletzlichkeit der Wohnung (35, 36)/Gewährleistung des Datenschutzes (38), Recht auf Informationen (39)/Schutz der italienischen und ungarischen Minderheit (5, 64), Sonderrechte der Gemeinschaft der Roma (65)	Meinungs-, Rede-, und Pressefreiheit (39)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (42)/Freiheit der Wissenschaft und Kunst (59)/Verbot der Anstiftung zu Diskriminierung und Gewalt (63)/Recht auf Weigerung aus Gewissensgründen (46)/Pflicht zur Verteidigung des Staates (123)
Spanien	Schutz der Menschenrechte (10)/Recht auf persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (15, 17–19, 24, 25)/Gleichheit vor dem Gesetz (14)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (32)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung (18)/Recht auf Datenschutz (18)	Meinungs- und Pressefreiheit (20)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (7, 21, 22)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (20)
Tschechische Republik	Achtung der Menschenrechte (1, C10)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (C1, 3, 6, 7, 8, 36)/Gleichheit vor dem Gesetz (C1, 3)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung (C12, 13), Schutz des Privatlebens (C10)/Recht auf Datenschutz (C10) und Informationen (C17)/Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten (C24, 25)	Meinungs- und Pressefreiheit (C17)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (C19, 20, 27)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (C15)/Widerstandsrecht bei Verletzung der demokratischen Ordnung oder der Menschenrechte und Grundfreiheiten (C23)
Ungarn	Schutz der Menschenrechte (8, 54, 70a)/Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Folterverbot (54–58)/Gleichheit vor dem Gesetz (57)/Schutz der Privatgeheimnisse und der persönlichen Daten, Unverletzlichkeit der Wohnung (59)/Schutz und Recht auf Selbstverwaltung der nationalen und ethnischen Minderheiten (68)	Meinungs- und Pressefreiheit (61)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (62, 63)/Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, Lehrfreiheit (70g)/Widerstandsrecht und Widerstandspflicht gegenüber gewaltsamer Ergreifung und Ausweitung von Macht (2), Pflicht zum Schutz der Heimat (70h)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Recht auf Leben, persönliche Freiheit, Sicherheit und rechtliches Gehör (u. a. Magna Charta, Petition of Rights, Habeas-Corpus-Akte, Bill of Rights, HRA), Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (HRA)/Diskriminierungsverbot (HRA)/Schutz des Briefverkehrs, des Privat- und Familienlebens (HRA)	Meinungs- und Pressefreiheit (HRA)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (11)/Widerstandsrecht (Magna Charta 61)

Zypern	Recht auf Leben, persönliche Freiheit und rechtliches Gehör, Verbot der Todesstrafe, Folterverbot (7, 8, 10, 11, 13, 30)/Gleichheit vor dem Gesetz, Diskriminierungsverbot (6, 28)/Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung (16, 17), Schutz des Privatlebens (15)	Meinungs- und Pressefreiheit (19)/Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (21)/„Every person is bound to contribute according to his means towards the public burdens“ (24)
--------	---	--

	<i>Wirtschaftliche und soziale Rechte</i>	<i>Kirche und Staat</i>
Belgien	Berufsfreiheit, Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit, angemessene Wohnung (23)/Besonderer Schutz des Kindes (22a)/Recht auf Unterricht, Schulpflicht, neutrales Schulwesen (24)/Eigentumsgarantie (16)	Glaubensfreiheit (19, 20), Trennung von Staat und Kirche (21)
Bulgarien	Recht auf Arbeit, Garantie von Arbeit, Verbot der Zwangsarbeit, freie Berufswahl (16, 48)/Streikrecht (50)/Eigentumsgarantie (17)/Besonderer Schutz von Familie, Mutter und Kind (14, 47)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (53)/Recht auf Sozialversicherung, Sozialfürsorge und Krankenversicherung (51, 52)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Trennung von Staat und Kirche, griechisch-orthodoxes Glaubensbekenntnis als traditionelle Religion (13, 37, 38)
Dänemark	Berufsfreiheit (74)/Eigentumsgarantie (73)/Recht auf Unterricht, Schulpflicht (76)	Glaubensfreiheit (67–71), evangelisch-lutherische Kirche ist Volkskirche mit staatlicher Unterstützung (4, 66)
Deutschland	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit (12)/Streikrecht (9)/Eigentumsgarantie und soziale Verpflichtung des Eigentums (14, 15)/Besonderer Schutz von Ehe und Familie (6)/staatliche Aufsicht über das Schulwesen (7)	Glaubensfreiheit (4), Trennung von Staat und Kirche (140)
Estland	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit (29)/Eigentumsgarantie (32)/Schutz der Familie, Pflicht zur Kindererziehung und Pflicht zur Versorgung hilfsbedürftiger Angehöriger (27)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (37)/Recht auf Gesundheitsschutz und soziale Sicherung in bestimmten Fällen (28)	Glaubensfreiheit, freie Zugehörigkeit zu Kirchen und Religionsgemeinschaften, keine Staatskirche (40)
Finnland	Berufsfreiheit und Recht auf Arbeit (18)/Schutz des Eigentums (15)/Recht auf sozialen Schutz (19)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (16)	Religions- und Gewissensfreiheit (11)
Frankreich	Recht auf Arbeit und Pflicht zu arbeiten (P)/Streikrecht, Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft (P)/Eigentumsgarantie (EMB 17)/Besonderer Schutz für Kind, Mutter und Ältere (P)/Recht auf gleichen Zugang zu Unterricht, Bildung, Ausbildung (P)	Glaubensfreiheit (EMB 10), Trennung von Staat und Kirche (1)
Griechenland	Verbot der Zwangsarbeit, Recht auf Arbeit (22)/Streikrecht (23)/Recht auf gleichen Lohn für Männer und Frauen (22)/Eigentumsgarantie und soziale Verpflichtung des Eigentums (17)/Familie, Ehe und Mutterschaft stehen unter besonderem Schutz des Staates, behinderte Personen mit Recht auf staatliche Maßnahmen (21)/Recht auf Unterricht, Schulpflicht (16)/Recht auf Wohnung (21)/Schutz der Gesundheit und der genetischen Identität (5)	Glaubensfreiheit (13), Östlich-Orthodoxe Kirche Christi als vorherrschende Religion (3)
Irland	Eigentumsgarantie und soziale Verpflichtung des Eigentums (43)/besonderer Schutz für Ehe und Familie; die Familie ist die „natürliche und ursprüngliche Grundeinheit der Gesellschaft“ (41)/Erziehung erfolgt im Elternhaus, in privaten, staatlich anerkannten oder vom Staat eingerichteten Schulen (42)	Glaubensfreiheit, Trennung von Staat und Kirche (44)

Italien	Recht auf Ausbildung, Recht auf Arbeit, Pflicht zu arbeiten (4)/Recht der Arbeitenden auf Mitwirkung an der Leitung der Unternehmen (46)/Streikrecht (40)/Gleichberechtigung von Mann und Frau, Recht auf gleichen Lohn (37)/Eigentumsgarantie (42)/Unterstützung und besonderer Schutz für die Familie (29, 31)/Schulpflicht, staatliche Privatschulen (33, 34)/Schutz der Gesundheit, kostenlose Behandlung Bedürftiger (32)	Glaubensfreiheit (8, 19, 20), gegenseitige Unabhängigkeit, Lateranverträge regeln die Beziehung zwischen Staat und Katholischer Kirche (7)
Lettland	Berufsfreiheit (106), Recht auf angemessenen Lohn (107)/Streikrecht (108)/Eigentumsgarantie (105)/Unterstützung und besonderer Schutz von Ehe, Familie und Kindern (110)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (112)/Recht auf soziale Sicherheit (109)/Recht auf medizinische Grundversorgung (111)	„Recht auf Freiheit der Gedanken, des Gewissens und der Religion“, Trennung von Staat und Kirche (99)
Litauen	Berufsfreiheit und Verbot der Zwangsarbeit (48)/Unverletzlichkeit des Eigentums (23)/Streikrecht (51)/besonderer Schutz von Familie, Elternschaft und Kindern; Rechte und Pflichten von Eltern und Kindern (38)/Schulpflicht, Recht auf Bildung, unabhängige Einrichtungen höherer Bildung (40, 41)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit (26), keine Staatsreligion in Litauen, staatliche Anerkennung von Kirchen bei Konformität mit Normen und Gesetzen (43)
Luxemburg	Berufsfreiheit, Recht auf Arbeit (11)/Eigentumsgarantie (16)/besonderer Schutz der Familie (11)/Schulpflicht, staatliche Schulen (23)/Vorsorge für soziale Sicherheit, Schutz der Gesundheit, Recht der Arbeiter auf Erholung (11)	Glaubensfreiheit (19, 20), Beziehungen zwischen Staat und Kirche werden vertraglich geregelt (22), Staat zahlt Gehälter und Pensionen von Geistlichen (106)
Malta	Recht auf Arbeit, Schutz der Arbeit, Verbot der Zwangsarbeit (7, 12, 35)/Eigentumsgarantie (37)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (10, 11)/Recht auf soziale Sicherung (17)	Glaubens- und Gewissensfreiheit, freie Religionsausübung (40)/Römisch-katholische Religion als Landesreligion mit Religionsunterricht in allen staatlichen Schulen (2)
Niederlande	Berufsfreiheit (19)/Eigentumsgarantie (14)/staatliche und Privatschulen (23)	Glaubensfreiheit (1,6)
Österreich	Verbot der Zwangsarbeit (K4)/Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen (7.1)/Gleichstellung von Mann und Frau (7.2)/Recht auf Eheschließung (K12)/Recht auf Bildung (Z2)	Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (K9)
Polen	Schutz der Arbeit und Überwachung der Arbeitsbedingungen durch den Staat, Recht auf angemessene Arbeitsbedingungen (24, 66), Berufsfreiheit, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Verbot ständiger Beschäftigung von unter 16-Jährigen (65)/Streikrecht (59.3)/Schutz von Eigentum und Erbrecht (21, 64)/Schutz der Ehe als Verbindung von Frau und Mann, Familie, Mutterschaft und Elternrecht (18, 71)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (33)/Schutz der Rechte der Kinder (72), besondere Hilfe für behinderte Personen (69)/Recht auf Schulunterricht und Bildung, Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr; staatliche und Privatschulen (70)/Recht auf soziale Sicherung (67)/Recht auf Schutz der Gesundheit (68)/Verbraucherschutz, Schutz von Mietern (76)	Gewissens- und Religionsfreiheit (53), Gleichberechtigung von Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften (25.1), religiöse Unparteilichkeit der öffentlichen Gewalt (25.2), Beziehungen zwischen Staat und Kirche gesetzlich geregelt (25.4, 25.5)

Portugal	Berufsfreiheit (47), Recht auf Arbeit; Vollbeschäftigung als Staatsziel (58)/Streikrecht, Verbot der Aussperrung (57)/die wirtschaftliche Macht ist der demokratischen Staatsgewalt untergeordnet; Koexistenz von staatlichen, privaten und genossenschaftlich-sozialen Eigentumsbereichen (80, 82)/Arbeiter dürfen durch Arbeiterräte in das Betriebsleben eingreifen (54); in Betrieben des öffentlichen Bereichs: Beteiligung an der Geschäftsführung (89)/Eigentumsgarantie (62)/Recht auf Eheschließung und Familiengründung (36), Unterstützung und besonderer Schutz der Familie (67), Mutter- und Vaterschaft sind soziale Werte von übergeordnetem Rang (68)/Schutz der Kinder und Jugendlichen (69, 70)/Recht auf Bildung (73), Schulpflicht (74), staatliche und Privatschulen (75), Lern- und Lehrfreiheit (43)/Recht auf eine angemessen große Wohnung (65)/Recht auf Schutz der Gesundheit (64)/Recht auf soziale Sicherheit (63)/Verbraucherschutz und Rechte für Verbrauchervereinigungen und Konsumgenossenschaften (60)	Glaubensfreiheit, Trennung von Staat und Kirche (41)
Rumänien	Recht auf Arbeit, Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit, wirtschaftliche Freiheit (41–42, 45)/Streikrecht (43)/Eigentumsgarantie (44)/Besonderer Schutz von Kindern, Jugendlichen und Behinderten (49, 50)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (32)/Recht auf angemessenen Lebensstandard mit Rente etc. (47, 48)/Recht auf Schutz der Gesundheit (34)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Unabhängigkeit der Religionen vom Staat, aber Unterstützung durch den Staat, Freiheit des Religionsunterrichts, Recht auf Entwicklung der eigenen Spiritualität (29, 32, 33)
Schweden	Recht auf Arbeit und Beruf (1.2, 2.20)/Recht auf „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen“ (1.17)/Schutz des Eigentums (2.18)/Schutz des Familienlebens (1.2)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (2.21)/Schutz der Wohnung (1.2)/Recht auf Gesundheit (1.2)	Glaubensfreiheit (1.2, 2.1), Vorschriften über Glaubensgemeinschaften und schwedische Kirche gesetzlich geregelt (8.6)
Slowakische Republik	Berufsfreiheit, Recht auf Arbeit, Anspruch auf zufrieden stellende Arbeitsbedingungen (35, 36)/Streikrecht (37)/Eigentumsrecht und Verpflichtung des Eigentums (20)/Schutz von Kindern, Ehe, Elternschaft und Familie (41)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (42)/Anspruch auf Gesundheitsschutz und Hilfeleistung in materieller Notlage (39, 40)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Selbstverwaltung von Kirchen und Religionsgemeinschaften (24)
Slowenien	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit (49)/Gewerkefreiheit (74)/Gewerkschaftsfreiheit (76)/Streikrecht (77)/Schutz von Eigentum und Arbeit (33, 66–69, 71)/Recht auf soziale Sicherheit (50)/Recht auf Gesundheitsfürsorge (51)/besonderer Schutz für Behinderte (52)/Schutz von Kindern, Ehe und Familie (53–56)/Schulpflicht (57)	Glaubens- und Gewissensfreiheit (41), Freiheit und Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften, Trennung vom Staat (7)
Spanien	Berufsfreiheit, Recht auf Arbeit, Pflicht zu arbeiten (35)/Streikrecht (37)/Eigentumsgarantie, soziale Verpflichtung des Eigentums (33)/besonderer Schutz der Familie (39)/Recht auf Bildung, Schulpflicht, staatliche und Privatschulen (27)/Recht auf angemessenen Wohnraum (47)/Recht auf Schutz der Gesundheit (43)/Recht auf Verbraucherschutz (51)	Glaubensfreiheit (14, 16), keine Staatsreligion (16)

Tschechische Republik	Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit (C9, 26)/Recht auf gerechten Lohn, Streikrecht (C27, 28)/Eigentumsrecht (C11)/besonderer Schutz von Kindern und Jugendlichen (C32)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (C33)/Recht auf Gesundheitsschutz, soziale Sicherung (30)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit (C15, 16), Unabhängigkeit der Kirche von staatlichen Organen (C16)
Ungarn	Berufsfreiheit, Recht auf Arbeit und angemessenen Lohn (70b)/Streikrecht (70c)/Eigentumsrecht (13), Recht auf Unternehmung und Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs (9)/besonderer Schutz für Ehe, Familie, Kind und Jugend (15, 16, 67)/Gleichberechtigung von Mann und Frau (66), Maßnahmen zur Beseitigung von Chancenungleichheit (70a)/Recht auf Bildung, Grundschulpflicht (70f)/Recht auf Gesundheit, soziale Sicherheit (70d, 70e)	Glaubens- und Gewissensfreiheit, Trennung von Staat und Kirche (60)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Verbot der Zwangsarbeit (HRA)/Eigentumsgarantie (Magna Charta, Petition of Rights, HRA)/Recht auf Bildung (HRA)	Gedanken-, Gewissens-, und Religionsfreiheit (HRA)
Zypern	Berufsfreiheit, Vertragsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit (10, 25, 26)/Streikrecht (27)/Eigentumsrecht (23)/Schutz des Familienlebens, Eheschließungsfreiheit (15, 22)/Recht auf Bildung, Schulpflicht (20)/Recht auf soziale Absicherung (9)	Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Gleichheit der Religionen (18), Repräsentations- und Autonomierechte (109, 110)

	<i>Staatsziele</i>	<i>Asyl</i>
Belgien	Keine Regelung	Keine Regelung
Bulgarien	Gewährleistung von Schutz und Reproduktion der Umwelt als Staatsaufgabe (15)/Unterstützung ausgewogener Entwicklung in den einzelnen Landesregionen (20)	Gewährung von Asyl für Ausländer bei Verfolgung wegen ihrer Gesinnung oder Tätigkeit zur Verteidigung von Rechten und Freiheiten (27)
Dänemark	Vollbeschäftigung als Staatsziel (75)	Keine Regelung
Deutschland	Umwelt- und Tierschutz als Staatsziel (20a)	Asylrecht für politisch Verfolgte, die nicht aus einem „sicheren“ Drittstaat einreisen (16a)
Estland	Keine Regelung	Keine Regelung
Finnland	Förderung der Gleichstellung zwischen Geschlechtern als Staatsaufgabe (6)/Förderung der Beschäftigung (18), der Gesundheit, der Familie (19) und Umweltschutz (20) als Staatsaufgabe	Asylrecht für Menschen, denen die Todesstrafe, Folter oder eine anderen Behandlung droht, welche die Menschenwürde verletzt (9)
Frankreich	Förderung einer nachhaltigen Entwicklung als Staatsaufgabe (UC)	Asylrecht für politisch Verfolgte (53-1, P)
Griechenland	Demographische Politik als Staatsaufgabe (21)/Umweltschutz als Staatsaufgabe (24)	Keine Auslieferung politisch Verfolgter (5)
Irland	Vollbeschäftigung als Staatsziel (45)	Keine Regelung
Italien	Keine Regelung	Asylrecht für politisch Verfolgte (10, 26)
Lettland	Förderung von Ehe und Familie (110), Garantie medizinischer Grundversorgung (111)/Umweltschutz als Staatsaufgabe (115)	Keine Regelung
Litauen	Unterstützung von Familien (39), von Wissenschaft und Kultur (42), Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Bürger, Förderung des Sports (53) sowie soziale Sicherung (52) als Staatsaufgaben/Unterstützung und Regulierung der Wirtschaft im Sinne nationaler Wohlfahrt (46)	Keine Regelung

Luxemburg	Keine Regelung	Keine Regelung
Malta	Entwicklung von Wissenschaft und Kultur, Schutz der Landschaft (8, 9)/Unterstützung der privaten Wirtschaft, des Handwerks und der Kooperativen (19–21)/Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau (14)	Keine Regelung
Niederlande	Vollbeschäftigung (19)/soziale Sicherung ist Staatsaufgabe (20)/Umweltschutz, Schutz der Gesundheit, Wohnraumbeschaffung, Unterstützung sozialer und kultureller Entfaltung sind Staatsaufgabe (21, 22)	Keine Regelung
Österreich	Sicherung und Förderung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der Volksgruppen als Staatsaufgabe (8)	Einrichtung des unabhängigen Bundesasylsenats (129c)
Polen	Vollbeschäftigung (65.5)/Berücksichtigung des Wohles der Familie in der Sozial- und Wirtschaftspolitik (71)/Umweltschutz ist Pflicht der öffentlichen Gewalt (74.2)/Förderung des Wohnungsbaus und Entgegenwirkung der Obdachlosigkeit (75)/Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung (20)	Asylrecht gemäß den im Gesetz bestimmten Grundsätzen (56.1)/Asylrecht gemäß völkerrechtlicher Verträge für Verfolgte (56.2)
Portugal	Vollbeschäftigung als Staatsziel (58)/Unterstützung und Integration von Behinderten als Staatsaufgabe (71)/Umweltschutz, Gewährleistung und Entwicklung der Bildung, Förderung einer ausgeglichenen Entwicklung im Staatsgebiet und Förderung der Gleichheit zwischen Mann und Frau als Staatsaufgaben (9)	Asylrecht für politisch Verfolgte oder im Heimatland mit der Todesstrafe oder physischer Gewalt Bedrohte (33)
Rumänien	Förderung der Beziehungen zu den Rumänen im Ausland (8)/Schutz der Gesundheit, Unterstützung der Kultur, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur sozialen Sicherung, Förderung der Jugend als Staatsaufgaben (34, 47, 49)/Der Staat stellt u. a. sicher: freien Handel, Schutz des Wettbewerbs, Förderung der Forschung, Umweltschutz (135)	Asylrecht gesetzlich geregelt (18)
Schweden	„Persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Wohlfahrt“ als Staatsziel (1.2)/Nachhaltige Entwicklung als Staatsaufgabe (1.2)	Keine Regelung
Slowakische Republik	Der Staat achtet auf ökologisches Gleichgewicht, Umweltschutz und effektive Umweltpolitik (44)	Asylrecht für politisch Verfolgte; es kann bei Handlungen gegen grundlegende Menschenrechte und Freiheiten verweigert werden (53)
Slowenien	Keine Regelung	Asylrecht für aufgrund ihres Einsatzes für die Menschenrechte und Grundfreiheiten Verfolgter (48)
Spanien	Vollbeschäftigung als Staatsziel (40)	Asylrecht gesetzlich geregelt, keine Auslieferung politisch Verfolgter (13)
Tschechische Republik	„Der Staat achtet auf die rücksichtsvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen und auf den Schutz der Naturschätze“ (7)	Asylrecht für politisch Verfolgte; es kann bei Handlungen gegen grundlegende Rechte und Freiheiten verweigert werden (C43)
Ungarn	Der Staat sorgt für soziale Sicherung, Schutz der Ehe, Familie, der Mütter und der Jugend (15-17, 66)	Asylrecht (65)

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Keine Regelung	Keine Regelung
Zypern	Keine Regelung	Keine Regelung

	<i>Sonstiges (vor allem Verteidigung, Umwelt, Kultur)</i>	
Belgien	Wehrdienst gesetzlich geregelt (182)/Recht auf Umweltschutz (23)/Recht auf kulturelle und soziale Entfaltung (24)/Förderung des Frauenanteils in der Politik (11a)	
Bulgarien	Wehrpflicht gesetzlich geregelt (59)/Recht auf Umweltschutz, Pflicht zum Schutz der Umwelt (55)/Recht auf Nutzung der Kulturwerte (54)	
Dänemark	Wehrpflicht (81)	
Deutschland	Wehrpflicht (12a), Recht auf Wehrdienstverweigerung (4)	
Estland	Wehrpflicht, Pflicht zum Ersatzdienst für Wehrdienstverweigerer (124)/Verantwortung für die Umwelt (20)/Pflicht zum Schutz von Lebensraum und Umwelt (53)	
Finnland	Wehrpflicht (127), Recht auf Wehrdienstverweigerung gesetzlich geregelt/Recht auf eigene Sprache und eigene Kultur (17)	
Frankreich	Wehrdienst (EMB 12, 13)/Recht auf ausgewogene und gesunde Umwelt; Pflicht zum Umweltschutz (UC)/Förderung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und Wahlämtern (3,4)	
Griechenland	Wehrpflicht bzw. Pflicht zu alternativem Dienst (4)	
Irland	Keine Regelung	
Italien	Wehrpflicht (52)/Förderung des gleichen Zugangs von Frauen und Männern zu öffentlichen Ämtern und Wahlämtern (51)	
Lettland	Recht auf intakte Umwelt (115)	
Litauen	Wehrpflicht und alternativer Dienst (139)/Verpflichtung zum Umweltschutz durch Bürger und Staat (53)	
Luxemburg	Keine Regelung	
Malta	Keine Regelung	
Niederlande	Wehrpflicht, Recht auf Wehrdienstbefreiung und „Verpflichtungen im Bereich der zivilen Verteidigung“ werden gesetzlich geregelt (98, 99, 99a)	
Österreich	Wehrpflicht für männliche österreichische Staatsbürger, Ersatzdienst bei Wehrdienstverweigerung, freiwilliger Wehrdienst für Staatsbürgerinnen (9a)	
Polen	Wehrpflicht bzw. Pflicht zu alternativem Dienst durch Gesetz geregelt (85.2)/Recht auf Information über Zustand und Schutz der Umwelt (74), Pflicht zum Umweltschutz (86)/Recht auf gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst (60)	
Portugal	Wehrpflicht, Recht auf Wehrdienstverweigerung (41, 276)/Recht auf Kultur (78) und Erhalt des Kulturgutes (9)/Recht auf ökologisch ausgewogene Umwelt (66)/Recht auf Körperkultur und Sport (79)/Förderung der Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Ausübung von Rechten und dem Zugang zu öffentlichen Funktionen (109)	
Rumänien	Wehrpflicht gesetzlich geregelt (55)/Recht auf gesunde, geschützte und ausgewogene Umwelt (35)/Recht auf Zugang zur nationalen und weltweiten Kultur (33)/Gleichberechtigung beim Zugang zu öffentlichen Funktionen (16)	
Schweden	Wehrpflicht (2.16)	
Slowakische Republik	Militärpflicht gesetzlich geregelt, Recht auf Wehrdienstverweigerung (25)/Recht auf günstige Umweltbedingungen, Recht auf Informationen über den Zustand der Umwelt, Pflicht zum Schutz der Umwelt und des kulturellen Erbes (44, 45)	
Slowenien	Wehrpflicht gesetzlich geregelt, Recht auf Wehrdienstverweigerung (123)/Recht auf gesunde Umwelt, Pflicht zum Umwelt- und Tierschutz sowie zur Erhaltung des Natur- und Kulturerbes (72, 73)/Recht auf nationales Bekenntnis sowie Gebrauch der eigenen Sprache und Schrift (61, 62)	
Spanien	Wehrpflicht, Recht auf Wehrdienstverweigerung (30)/Recht auf Umweltschutz (45)/Recht auf Kultur und Erhalt des Kulturerbes (44, 46)	
Tschechische Republik	Recht auf Wehrdienstverweigerung (C15)/Recht auf günstige Umwelt (C35)	
Ungarn	Allgemeine Wehrpflicht, Zivildienst mit gesetzlich geregelten Bedingungen (70h)	

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Keine Regelung
Zypern	Wehrpflicht, durch Präsidenten und Vizepräsidenten eingerichtet, Ersatzdienst (10, 129)

Partizipationsrechte, Parteien und Verbände

	<i>Nationale Wahlen</i>	<i>Referenden</i>
Belgien	Die Mitglieder der Abgeordneten-kammer und einige Senatoren werden unmittelbar und geheim gewählt; Wahlpflicht, Verhältniswahl (61, 62, 67); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (61)	Keine Regelung
Bulgarien	Die Abgeordneten der Volksversammlung und der Präsident der Republik werden allgemein, direkt, gleich und geheim gewählt (10, 93); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (42)	Volksentscheid ist möglich und wird nach Beschluss der Volksversammlung vom Präsidenten anberaumt; Durchführung wie bei Wahlen; Näheres zu nationalen und lokalen Referenden gesetzlich geregelt (10, 42, 84, 98)
Dänemark	Die Abgeordneten werden allgemein, direkt und geheim gewählt; Verhältniswahl (31); <i>wahlberechtigt</i> : Dänen, mindestens 18 Jahre alt, Wohnsitz Dänemark (29)	Volksentscheid über im Parlament verabschiedete Gesetzentwürfe bei Antrag von mindestens 1/3 der Abgeordneten; Ablehnung des Gesetzentwurfs bei Mehrheit der abgegebenen Stimmen, mindestens 30 Prozent aller Stimmberechtigten (42); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsänderungen (88, siehe oben), Befugnisabtretung an zwischenstaatliche Organisationen, sofern nicht das Parlament mit 5/6-Mehrheit entschieden hat (20); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Haushalt, Stellenplan, Steuern, Besoldungs- und Pensionsgesetze u. a. (42)
Deutschland	Die Bundestagsabgeordneten werden allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim gewählt; <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (38)	Volksentscheid über Neugliederung des Bundesgebietes; Annahme bei Mehrheit der abgegebenen Stimmen und mindestens 1/4 aller Wahlberechtigten (29)
Estland	Die Abgeordneten der Staatsversammlung werden allgemein, frei, gleich, unmittelbar und geheim gewählt; Verhältniswahl (60); <i>wahlberechtigt</i> : estnische Bürger, mit Ausnahmen (57, 58)	Volksentscheid u. a. zu einem Gesetzentwurf oder zur Verfassungsänderung auf Initiative des Parlaments; „ein Volksentscheid ergeht mit der Mehrheit der Stimmen derjenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben“; wenn die Mehrheit dem Gesetzentwurf nicht zustimmt, ordnet der Präsident außerordentliche Wahlen an (105); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Änderung der Abschnitte I und XV der Verfassung (162, siehe oben); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Haushalt, Steuern und Staatsgelder, internationale Verträge, Ausnahmezustand, Landesverteidigung (106)
Finnland	Die Abgeordneten des Parlaments werden unmittelbar, gleich und geheim gewählt; Verhältniswahl (25); der Präsident der Republik wird direkt gewählt (54); <i>wahlberechtigt</i> : finnische Staatsbürger, mindestens 18 Jahre alt (14)	Konsultative staatliche und kommunale Volksabstimmungen; Bestimmungen dazu werden durch Gesetze getroffen (14, 53)

Frankreich	Die Abgeordneten der Nationalversammlung und der Präsident der Republik werden allgemein, unmittelbar, gleich und geheim gewählt (6, 24); <i>wahlberechtigt</i> : volljährige Franzosen (3)	Volksentscheid kann vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag der Regierung oder beider Kammern initiiert werden (11); <i>Volksentscheid möglich bei</i> : Gesetzentwürfen über die Organisation der öffentlichen Gewalt, über Reformen der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik, über öffentliche Dienste und die Ratifizierung eines Vertrags, der sich auf das Funktionieren der Institutionen auswirkt (11); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsänderung (89, siehe oben)
Griechenland	Die Abgeordneten werden unmittelbar, allgemein und geheim gewählt; Wahlpflicht (51); Verhältniswahl (54); <i>wahlberechtigt</i> : gesetzlich geregelt (54)	Volksentscheid kann nach Beschluss der Abgeordneten vom Präsidenten anberaumt werden; <i>Volksentscheid möglich bei</i> : besonders wichtigen nationalen Fragen (auf Antrag der absoluten Mehrheit der Abgeordneten), bereits verabschiedeten Gesetzentwürfen zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen (auf Antrag von 3/5 aller Abgeordneten); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Finanzgesetzgebung (44)
Irland	Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden allgemein und geheim gewählt; Verhältniswahl; der Präsident wird allgemein und geheim gewählt (12); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (12, 16)	Volksbefragung über alle von beiden Kammern verabschiedeten Gesetzentwürfe von nationaler Bedeutung, wenn die Mehrheit des Senats und mindestens 1/3 des Repräsentantenhauses eine entsprechende Petition an den Präsidenten richten; dieser entscheidet nach Rücksprache mit dem Staatsrat (27); Ablehnung durch Mehrheit der abgegebenen Stimmen und mindestens 1/3 aller Stimmberechtigten (47); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsänderung (46, 47, siehe oben); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Finanzgesetzgebung (27, 23)
Italien	Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer und die Senatoren werden allgemein, unmittelbar, gleich, frei und geheim gewählt (48, 56, 58); Wahlpflicht (48); <i>wahlberechtigt</i> : volljährige Staatsbürger (48), für den Senat mindestens 25 Jahre alt (58)	Volksentscheid über die Aufhebung eines Gesetzes, wenn dies von 500.000 Wahlberechtigten oder fünf Regionalräten verlangt wird; Annahme mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei Beteiligung der Mehrheit der Stimmberechtigten (75); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsänderung (138, siehe oben), Regionalreform (132); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Steuer- und Haushaltsgesetze, Amnestien und Strafnachlässe, Ratifizierung internationaler Verträge (75); <i>Volksbegehren</i> : „Das Volk übt die Gesetzesinitiative aus, indem mindestens 50.000 Wahlberechtigte einen (...) Gesetzesvorschlag vorlegen“ (71)
Lettland	Die Abgeordneten des Parlaments werden allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt; Verhältniswahl (6); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger Lettlands, mindestens 18 Jahre alt (8)	Volksentscheid über ein vom Staatspräsident oder von 1/3 der Parlamentsmitglieder aufgehobenes Gesetz, wenn das von mindestens zehn Prozent der Wähler verlangt wird (72); Volksentscheid über Gesetze oder Veränderungen der EU-Mitgliedschaft gelten als angenommen,

		wenn sich mindestens 50 Prozent der Wähler aus der vorangegangenen Parlamentswahl beteiligt haben und eine Mehrheit dafür stimmt (79); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei:</i> Änderung der Art. 1–4, 6 und 77 der Verfassung (77, siehe oben); <i>vom Volksentscheid ausgenommen u. a.:</i> Gesetze zu Haushalt, Steuern, Zöllen, Eisenbahntarifen, Wehrpflicht, Krieg und Frieden, internationalen Verträgen; <i>Volksbegehren:</i> Mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten legen einen Entwurf für ein Gesetz oder eine Verfassungsänderung vor; Volksabstimmung, wenn das Parlament den Entwurf nicht annimmt (78)
Litauen	Die Parlamentarier und der Präsident werden allgemein, gleich, unmittelbar und geheim gewählt (55, 78); <i>wahlberechtigt:</i> Bürger, mindestens 18 Jahre alt (34)	Volksentscheid zu den wichtigsten Themen des Staates und der Nation wird durch das Parlament verkündet; Näheres ist gesetzlich geregelt; Referendum auch über Bürgerinitiative möglich, wenn mindestens 300.000 Bürger es fordern (9); <i>Volksinitiative:</i> Volksinitiative zum Einbringen von Gesetzesvorschlägen durch mindestens 50.000 wahlberechtigte Bürger ins Parlament möglich (68)
Luxemburg	Die Mitglieder der Abgeordnetenkammer werden allgemein und unmittelbar gewählt; Verhältniswahl in vier Wahlkreisen (51); <i>wahlberechtigt:</i> Luxemburger, mindestens 18 Jahre alt (52); Ausnahmen (53)	Zulässigkeit und Durchführung von Referenden sind gesetzlich geregelt (51); Referendum zur Verfassungsänderung (114, siehe oben)
Malta	Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden in geheimer Wahl gewählt; „single transferable vote“ (56); <i>wahlberechtigt:</i> Malteser Bürger, mindestens 18 Jahre alt; vorher mindestens zeitweise wohnhaft im Land; Ausnahmen (57, 58, 61)	Volksentscheid teilweise vorgeschrieben bei Verfassungsänderung (66, siehe oben)
Niederlande	Die Mitglieder der 2. Kammer werden geheim und unmittelbar gewählt; Verhältniswahl (53, 54); <i>wahlberechtigt:</i> Niederländer, mindestens 18 Jahre alt; Ausnahmen (54)	Keine Regelung
Österreich	Der Nationalrat und der Bundespräsident werden aufgrund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechts gewählt (26, 60); <i>wahlberechtigt:</i> Bundesbürger, mindestens 18 Jahre alt	Eine Volksabstimmung kann vom Nationalrat oder der Bundesregierung beschlossen werden (43), es entscheidet die unbedingte Mehrheit der gültigen Stimmen (45); das Ergebnis ist bindend (48); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei:</i> Gesamtänderung der Bundesverfassung (44.3, siehe oben), Absetzung des Bundespräsidenten (60); <i>vom Volksentscheid ausgenommen:</i> Wahlen sowie Angelegenheiten, über die ein Gericht oder eine Verwaltungsbehörde zu entscheiden hat (49b); <i>Volksbegehren:</i> Jeder von 100.000 Stimmberechtigten oder von je 1/6 der Stimmberechtigten dreier Länder gestellter Antrag ist dem Nationalrat zur Behandlung vorzulegen (41.2)

Polen	Der Präsident wird allgemein, gleich, unmittelbar und geheim gewählt (127.1); der Sejm wird durch allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Verhältniswahl gewählt (96); der Senat wird allgemein, unmittelbar und geheim gewählt (97); <i>wahlberechtigt</i> : polnische Staatsbürger, mindestens 18 Jahre alt; Ausnahmen (62)	Volksabstimmung in Fällen von besonderer Bedeutung; Anordnung durch Sejm oder Staatspräsident mit Zustimmung des Senats mit jeweils absoluter Stimmenmehrheit; Ergebnis ist bindend (125); Möglichkeit einer Volksabstimmung bei der Ratifizierung eines völkerrechtlichen Vertrages (90.3), lokale Volksabstimmungen möglich (170); Während des Ausnahmezustandes und innerhalb von 90 Tagen danach darf keine Volksabstimmung durchgeführt werden (228.7)
Portugal	Die Parlamentarier werden allgemein, gleich, unmittelbar, geheim und regelmäßig gewählt (10, 147); Verhältniswahl (149); der Präsident wird allgemein, unmittelbar und geheim gewählt (121); Wahlpflicht in beiden Fällen (49); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (49)	Volksentscheid zu Fragen von erheblichem nationalen Interesse kann auf Vorschlag des Parlaments oder der Regierung vom Präsidenten initiiert werden; Bürgerinitiative für Volksentscheid möglich, Bedingungen gesetzlich geregelt; <i>vom Volksentscheid ausgeschlossen</i> : Verfassungsänderungen, Haushalts-, Steuer- und Finanzfragen, Amnestien und Straferlasse, Organisation der Gewalten, Wahlbestimmungen, Fragen der Landesverteidigung, Kriegserklärung u. a. (115)
Rumänien	Die Mitglieder der Abgeordneten-kammer, die Senatoren und der Präsident werden allgemein, gleich, direkt, geheim und frei gewählt; Organisationen nationaler Minderheiten haben das Recht auf mindestens einen Sitz in der Abgeordneten-kammer (62, 81); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger, mindestens 18 Jahre alt (36)	Volksentscheid zu Fragen von nationalem Interesse kann vom Präsidenten nach Beratung mit dem Parlament initiiert werden (90); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsänderung (151, siehe oben); <i>Volksbegehren</i> : zur Gesetzesinitiative durch mindestens 100.000 Wahlberechtigte möglich, zusätzliche Bedingungen; ausgenommen bei Steuerfragen, internationalen Angelegenheiten, Amnestie oder Begnadigung (74)
Schweden	Die Mitglieder des Reichstages werden frei, geheim, allgemein, gleich und direkt gewählt (1.1, 3.1); <i>wahlberechtigt</i> : Schweden, mindestens 18 Jahre alt (3.2)	Vorschriften über konsultative Volksabstimmung gesetzlich geregelt (8.4); <i>Volksentscheid ferner möglich bei</i> : Verfassungsänderungen (8.15, siehe oben)
Slowakische Republik	Die Mitglieder des Nationalrates werden allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt (30, 74); der Präsident der Republik wird direkt und geheim gewählt (101); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger der Slowakischen Republik; Näheres gesetzlich geregelt (30)	Referendum über wichtige Fragen von öffentlichem Interesse (93) wird vom Präsidenten auf Antrag von wenigstens 350.000 Bürgern oder auf Beschluss des Nationalrates anberaumt (95); Ergebnis ist bindend bei Beteiligung der absoluten Mehrheit der Wahlberechtigten und bei Zustimmung der absoluten Mehrheit der Teilnehmer (98); <i>Volksentscheid vorgeschrieben bei</i> : Verfassungsgesetz über Beitritt zu einem Staatenverband oder Austritt aus diesem Verband (93); <i>vom Volksentscheid ausgenommen</i> : Grundrechte und Grundfreiheiten, Steuern, Abgaben und Staatshaushalt (93)

Slowenien	Die Abgeordneten der Staatsversammlung werden allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt (80), Wahl jeweils eines Abgeordneten der italienischen und ungarischen Volksgruppe (80); der Staatspräsident wird direkt, allgemein und geheim gewählt (103); <i>wahlberechtigt</i> : alle Staatsbürger ab dem 18. Lebensjahr (43)	Die Staatsversammlung kann ein Referendum ausschreiben, muss dies jedoch tun, wenn mindestens 1/3 ihrer Abgeordneten, der Staatsrat oder 40.000 Wähler es verlangen, das Ergebnis ist bindend (90); vor der Ratifizierung eines internationalen Abkommens kann die Nationalversammlung einen Volksentscheid ausschreiben (3a)
Spanien	Kongressmitglieder und Senatoren werden allgemein, frei, gleich, unmittelbar und geheim gewählt; Verhältniswahl (68, 69); <i>wahlberechtigt</i> : Spanier, die im Vollbesitz ihrer politischen Rechte sind (68)	„Politische Entscheidungen von besonderer Tragweite können einem konsultativen Referendum unterworfen werden“ (92); es muss vom Kongress genehmigt werden; die Durchführung ist gesetzlich geregelt (92); <i>Volksentscheid ferner möglich bei</i> : Verfassungsänderungen (167, siehe oben); <i>Volksinitiative</i> : Voraussetzungen und Durchführung einer Volksinitiative zum Einbringen von Gesetzesvorschlägen sind gesetzlich geregelt; sie erfordert 500.000 Unterschriften; <i>von Volksinitiativen ausgenommen</i> : Steuerfragen, internationale Fragen und Begnadigungen (87)
Tschechische Republik	Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden allgemein, unmittelbar, gleich und geheim gewählt (18, C21); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger der Tschechischen Republik, mindestens 18 Jahre alt (18)	„Das Verfassungsgesetz kann festlegen, wann das Volk die Staatsgewalt direkt ausübt“ (2)
Ungarn	Die Abgeordneten des Parlaments werden allgemein, gleich, direkt und geheim gewählt (20, 71); <i>wahlberechtigt</i> : volljährige ungarische Staatsbürger, die im Land leben und sich am Tag der Wahl in Ungarn aufhalten (70)	Landesweite Volksabstimmung „zur Entscheidungsfindung und Meinungsäußerung“ (28c); verbindliche Anordnung auf Antrag von mindestens 200.000 Wahlberechtigten, Anordnung durch Parlament auf Initiative des Präsidenten, der Regierung, 1/3 der Abgeordneten oder 100.000 Wahlberechtigten; Referendum ist erfolgreich, wenn absolute Mehrheit für Antwort, aber mehr als 1/4 der Wahlberechtigten identisch geantwortet haben; <i>von Volksentscheid ausgenommen u. a.</i> : Haushalt, Steuern, internationale Verpflichtungen, Bestimmungen zur Volksabstimmung, Auflösung des Parlaments, Programm der Regierung (28c); <i>Volksbegehren</i> : auf Antrag von mindestens 50.000 wahlberechtigten Bürgern muss eine Frage vom Parlament behandelt werden (28d)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Die Parlamentsmitglieder werden frei gewählt (Bill of Rights), freie und geheime Wahlen (HRA)	Keine Regelung

Zypern	Die Abgeordneten des Repräsentantenhauses, der Volksgruppenkammern, der Präsident und der Vizepräsident werden allgemein, direkt und geheim gewählt (62, 93, 39); <i>wahlberechtigt</i> : Bürger der Republik Zypern, mindestens 21 Jahre alt, Wohnsitzbedingungen im Wahlgesetz, nach Volksgruppen getrennte Wahllisten (63, 94)	Keine Regelung
--------	---	----------------

	<i>Petitionen</i>	<i>Parteien</i>	<i>Verbände</i>
Belgien	Petitionsrecht (28)	Vereinigungsfreiheit (27)	Vereinigungsfreiheit (27)
Bulgarien	Petitionsrecht (45)	Vereinigungsfreiheit (44)/Politischer Pluralismus, Verbot einer Staatspartei; „die Parteien tragen zur Bildung und Äußerung des politischen Willens“ bei; Verbot von Parteien auf ethnischer, rassischer oder konfessioneller Grundlage (11)	Vereinigungsfreiheit, Verbot u. a. von undemokratischen Vereinigungen (44)/Keine politischen Ziele für Vereinigungen außer Parteien (12)/Freiheit der Bildung und Tätigkeit der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (49)
Dänemark	Keine Regelung	Vereinigungsfreiheit (78)	Vereinigungsfreiheit (78)
Deutschland	Petitionsrecht (17); der Bundestag bestellt einen Petitionsausschuss (45c)	Vereinigungsfreiheit (9)/Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit; sie haben die freiheitlich demokratische Grundordnung zu achten (21)	Vereinigungsfreiheit (9)
Estland	Petitionsrecht (46, 51)	Vereinigungsfreiheit (48)/„Parteien dürfen nur estnische Staatsangehörige angehören“; Verbot von verfassungswidrigen Parteien (48)	Vereinigungsfreiheit (48)/Freie Zugehörigkeit zu Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden (29)/Verbot von verfassungswidrigen Vereinen und Verbänden (48)
Finnland	Keine Regelung	Vereinigungsfreiheit (13)/Registrierte Parteien dürfen Kandidaten für Parlaments- und Präsidentenwahl aufstellen (25, 54)	Vereinigungsfreiheit (13)
Frankreich	Keine Regelung	Politische Parteien und Gruppen wirken bei den Wahlentscheidungen mit; sie haben die Grundsätze der Volkssouveränität und der Demokratie zu achten (4): „der Zweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte“ (EMB 2)	Recht auf Gewerkschaftstätigkeit und Mitgliedschaft in der Gewerkschaft (P)
Griechenland	Petitionsrecht (10, 69)	Vereinigungsfreiheit (12)/„Die Organisation und Tätigkeit der Parteien hat dem freien Funktionieren der demokratischen Staatsordnung zu dienen“; Recht der Parteien auf staatliche finanzielle Unterstützung, Näheres gesetzlich geregelt (29)	Vereinigungsfreiheit (12)
Irland	Keine Regelung	Vereinigungsfreiheit (40)	Vereinigungsfreiheit (40)

Italien	Petitionsrecht (50)	Vereinigungsfreiheit (18)/Bürger wirken in Parteien in demokratischer Weise an der Bestimmung der nationalen Politik mit (49); „verboten sind Geheimbünde und Vereinigungen, die, auch indirekt, politische Zwecke mittels quasi-militärischer Organisationen verfolgen“ (18)	Vereinigungsfreiheit (18)/Freie Gewerkschaftsbildung (39)
Lettland	Petitionsrecht (104)	Vereinigungsfreiheit (102)	Vereinigungsfreiheit (102)/„Der Staat schützt die Freiheit der Gewerkschaften“ (108)
Litauen	Petitionsrecht (33)	Vereinigungsfreiheit (35)/Verbot der Zwangsmitgliedschaft in Parteien und Vereinigungen (35)	Vereinigungsfreiheit (35)/Verbot der Zwangsmitgliedschaft (35); unabhängige und freie Gewerkschaften mit gleichen Rechten (50)
Luxemburg	Petitionsrecht (27, 67)	Vereinigungsfreiheit (26)	Vereinigungsfreiheit (26)
Malta	Keine Regelung	Vereinigungsfreiheit (42)/Chef der größten Oppositionspartei im Parlament wird vom Präsidenten zum Oppositionsführer ernannt (90)/Verbot der Gründung von oder Teilnahme an Vereinigungen mit politischen Zielen, die Gewalt anwenden (117)	Vereinigungsfreiheit (42)
Niederlande	Petitionsrecht (5)	Vereinigungsfreiheit (8)	Vereinigungsfreiheit (8)
Österreich	Recht auf Beschwerde bei der Volksanwaltschaft (148a), Beschwerderecht (K13)	Vereinigungsfreiheit (K11)	Vereinigungsfreiheit (K11)
Polen	Petitionsrecht (63)	Vereinigungsfreiheit (58)/Gewährleistung der Freiheit der Bildung und Tätigkeit politischer Parteien; „politische Parteien vereinigen polnische Staatsangehörige auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Gleichheit mit dem Zweck, auf die Gestaltung der Staatspolitik mit demokratischen Methoden einzuwirken“ (11.1); Verbot der Verheimlichung der Parteifinanzierung (11.2); Verbot bestimmter extremistischer oder radikaler Parteien und Organisationen (13)	Vereinigungsfreiheit (58)/Gewährleistung der Freiheit der Bildung und Tätigkeit der Gewerkschaften, der gesellschaftlich-beruflichen Bauernorganisationen, anderer freiwilliger Zusammenschlüsse etc. (12)
Portugal	Petitionsrecht (52), Parlament kann einen Petitionsausschuss einrichten (178); Ombudsmann als unabhängiges Organ (23)	Vereinigungsfreiheit (46)/Politische Vereinigungen und Parteien sollen auf demokratische Weise an der Bildung des Volkswillens und an der Gestaltung der politischen Macht mitwirken (51)/Politische Parteien „beteiligen sich an der Organisation und an der Äuße-	Vereinigungsfreiheit (46)/Gewerkschaftsfreiheit (55); Gewerkschaften sollen die Interessen der Arbeiter verteidigen und fördern (56)

		<p>„Ausdrucksfreiheit“ unter Beachtung der Grundsätze nationale Unabhängigkeit, staatliche Einheit, politische Demokratie (10)/Die politischen Parteien stellen die Kandidaten für die Parlamentswahlen auf (151)/„Die politischen Parteien sind entsprechend ihres Anteils an den Wählerstimmen an den aus allgemeiner und direkter Wahl hervorgehenden Organen beteiligt“ (114); die im Parlament, nicht aber in der Regierung vertretenen Parteien haben das Recht, regelmäßig von der Regierung informiert zu werden (114)</p>	
Rumänien	Petitionsrecht (51)	<p>Vereinigungsfreiheit (40)/Verfassungswidrigkeit der Parteien u. a. bei Kampf gegen politischen Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit (40)/Politische Parteien tragen zur Definition und zur Äußerung des Bürgerwillens bei und achten die Prinzipien des Staates und der Demokratie (8)</p>	<p>Vereinigungsfreiheit (40)/Erlaubnis zur Gründung von Verbänden zur Interessenvertretung und zum Schutz der Rechte ihrer Mitglieder (9)</p>
Schweden	Keine Regelung	<p>Vereinigungsfreiheit (2.1)/Bei Parlamentswahlen wird für Parteien gestimmt (3.1)/Parteien als Zusammenschluss oder Gruppe von Wählern mit eigener Bezeichnung (3.7)</p>	<p>Vereinigungsfreiheit (2.1)/Recht auf gewerkschaftliche Maßnahmen von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen (2.17)</p>
Slowakische Republik	Petitionsrecht (27)	<p>Vereinigungsfreiheit, Recht auf Gründung politischer Parteien und Bewegungen/Politische Parteien (...) oder andere Vereinigungen sind vom Staat getrennt (29, 37)</p>	<p>Vereinigungsfreiheit; Gewerkschaften und andere Vereinigungen sind unabhängig vom Staat (29, 37)</p>
Slowenien	Petitionsrecht (45)	<p>Vereinigungsfreiheit; Ausnahme: Berufsangehörige der Verteidigungskräfte und der Polizei dürfen nicht Mitglied von politischen Parteien sein (42)</p>	<p>Vereinigungsfreiheit (42)/Die Gründung und Tätigkeit von Gewerkschaften und die Mitgliedschaft in diesen sind frei (76)</p>
Spanien	Petitionsrecht (29, 77)	<p>Vereinigungsfreiheit (7, 21)/Politische Parteien „wirken bei der Bildung und Äußerung des Volkswillens mit und sind das Hauptinstrument der politischen Beteiligung“; ihre innere Struktur und Arbeitsweise müssen demokratisch sein (6)</p>	<p>Vereinigungsfreiheit (7, 21)/Gewerkschaften und Unternehmerverbände „tragen zur Verteidigung und Förderung der ihnen eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen bei“; sie müssen die Verfassung achten; ihre innere Struktur und Arbeitsweise müssen demokratisch sein (7)</p>

Tschechische Republik	Petitionsrecht (C18)	Vereinigungsfreiheit, politische Parteien und Bewegungen sind vom Staat getrennt (C20)/„Das politische System beruht auf der freien und freiwilligen Bildung der politischen Parteien und deren freiem Wettbewerb“; diese achten Demokratie und lehnen Gewalt ab (5)	Gewerkschaften sind unabhängig vom Staat, Vereinigungsfreiheit (C20, 27)
Ungarn	Petitionsrecht (64)	Vereinigungsfreiheit (63)/Freie Bildung und Aktivität von Parteien, Zusammenwirkung bei der Formung und Mitteilung des Volkswillens, Verbot der direkten Ausübung von Staatsgewalt durch Parteien (3)	Vereinigungsfreiheit (63)/Gewerkschaften zum Schutz und zur Vertretung von Interessen (4), Recht auf Mitgliedschaft zum Schutz wirtschaftlicher oder sozialer Interessen (70c)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Petitionsrecht (Bill of Rights)	Keine Regelung	Keine Regelung
Zypern	Petitionsrecht (29)	Vereinigungsfreiheit, Verbot von verfassungswidrigen Aktivitäten (21)	Vereinigungsfreiheit, Verbot von verfassungswidrigen Aktivitäten (21)

Staatsoberhaupt, Regierung und Parlament

	<i>Bestellung und Ablösung der Organe</i>
Belgien	<i>Staatsoberhaupt:</i> König/Verfassungseid vor Thronbesteigung (91)/die Person des Königs ist unverletzlich (88); <i>Regierung:</i> König und Minister/die Minister werden vom König ernannt und entlassen (96); sie sind verantwortlich (88, 101)/der Ministerrat aus höchstens 15 Mitgliedern ist sprachparitätisch (französisch, niederländisch) zusammengesetzt (99); <i>Parlament:</i> Abgeordnetenversammlung und Senat/Abgeordnetenversammlung: 150 Mitglieder (63); unmittelbare Wahl durch das Volk (61); Wahlperiode: vier Jahre (65); wählbar: Belgier, mindestens 21 Jahre alt, Wohnsitz Belgien (64)/Senat: direkt vom Volk gewählte Mitglieder sowie von den Gemeinschaftsparlamenten gewählte Mitglieder, insgesamt 71 (67); Wahlperiode: vier Jahre (68); wählbar: Belgier, mindestens 21 Jahre alt, Wohnsitz Belgien (69); Königssöhne oder Prinzen sind automatisch Senatoren (72)/Abgeordnete beider Kammern vertreten die Nation, nicht nur die Regionen oder Gemeinschaften (42)/Auflösung der Kammern durch den König möglich (46)
Bulgarien	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik (92)/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt, Unvereinbarkeit mit anderen politischen Ämtern; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: bulgarische Bürger, mindestens 40 Jahre alt, seit mindestens fünf Jahren im Land, zum Abgeordneten wählbar; gleichzeitig direkte Wahl des Vizepräsidenten (93–96)/Verfassungseid vor Amtsantritt (96)/Amtsanklage bei Hochverrat oder Verletzung der Verfassung möglich (103); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister (Ministerrat) (108)/der Ministerpräsident wird durch die Volksversammlung gewählt und enthoben, Auftrag zur Regierungsbildung durch Präsidenten; die Minister werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom Parlament gewählt und abgesetzt (84, 98); der Ministerpräsident ist für die Regierungspolitik verantwortlich (108)/Rücktritt der Regierung bei Misstrauensvotum durch mindestens 50 Prozent der Abgeordneten auf Antrag von mindestens 1/5 oder bei gescheitertem Vertrauensvotum (89, 111); <i>Parlament:</i> Volksversammlung mit 240 Abgeordneten (63); unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre (10, 64); wählbar: ausschließlich bulgarische Staatsangehörige, mindestens 21 Jahre alt, Ausnahmen; Unvereinbarkeit mit anderen öffentlichen Ämtern (65)/freies Mandat der Abgeordneten (67)/Auflösung durch Präsidenten und Neuwahlen bei gescheiterter Regierungsbildung (99)
Dänemark	<i>Staatsoberhaupt:</i> König/Verfassungsgelöbnis vor Thronbesteigung (8)/der König kann nicht zur Verantwortung gezogen werden; seine Person ist unantastbar (13); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/die Minister werden vom König ernannt und entlassen (14); ein Minister muss entlassen werden, wenn ihm das Parlament sein Misstrauen ausspricht; wenn es dem Ministerpräsidenten sein Misstrauen ausspricht, folgen Neuwahlen oder die Entlassung der Regierung (15)/alle Minister bilden unter Vorsitz des Königs den Staatsrat; in seiner Abwesenheit bilden sie unter Vorsitz des Ministerpräsidenten den Ministerrat; seine Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Königs (17, 18); die Minister sind verantwortlich für die Regierungsführung (13); <i>Parlament:</i> eine Kammer (Folketing) mit höchstens 179 Mitgliedern (28); unmittelbare Wahl durch das Volk (31); Wahlperiode: vier Jahre (32); wählbar: Wahlberechtigte (30)/freies Mandat der Abgeordneten (56)/Auflösung durch den König (32)
Deutschland	<i>Staatsoberhaupt:</i> Bundespräsident/der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung (Mitglieder des Bundestages und von den Ländern entsandte Personen) gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: Deutsche, mindestens 40 Jahre alt (54)/Verfassungseid vor Amtsantritt (56)/der Bundespräsident kann von beiden Kammern wegen vorsätzlicher Verletzung des Grundgesetzes oder anderer Bundesgesetze vor dem Bundesverfassungsgericht angeklagt werden (61); <i>Regierung:</i> Bundeskanzler und Bundesminister/der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt (63); die Minister werden auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen (64)/konstruktives Misstrauensvotum: der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Vertrauen nur entziehen, indem er mit einfacher Mehrheit einen Nachfolger wählt (67); <i>Parlament:</i> Bundestag und Bundesrat/Bundestag: 614 Abgeordnete (gesetzlich geregelt); unmittelbare Wahl durch

	das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: volljährige Bürger (38, 39)/freies Mandat der Abgeordneten (38)/Vertrauensfrage: der Bundeskanzler kann im Bundestag den Antrag stellen, ihm das Vertrauen auszusprechen; wird dem Antrag nicht entsprochen und kein neuer Bundeskanzler gewählt, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers den Bundestag auflösen (68)/Bundesrat: 69 Mitglieder der Länderregierungen (Verteilung nach Einwohnerzahl), die sie bestellen und abberufen (51)
Estland	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik/der Präsident wird vom Parlament in maximal drei Wahlgängen mit 2/3-Mehrheit oder, falls dies misslingt, von einer Wahlversammlung aus Parlamentariern und Mitgliedern der örtlichen Selbstverwaltungsräte mit der Mehrheit der Stimmen gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: estnische Bürger von Geburt an, mindestens 40 Jahre alt; Aufstellung eines Kandidaten muss durch mindestens 1/5 der Abgeordneten erfolgen (79); <i>Regierung:</i> Premierminister und Minister/der Premierminister wird vom Staatspräsidenten ernannt und mit der Regierungsbildung beauftragt, er muss vom Parlament mehrheitlich die Vollmacht zur Regierungsbildung erhalten; scheitert dies, geht das Recht auf Nominierung auf das Parlament über (89)/das Parlament kann der Regierung, dem Premierminister oder einem Minister das Misstrauen aussprechen, durch mehrheitliche Zustimmung zu einem schriftlichen Antrag von 1/5 der Abgeordneten; bei Misstrauensvotum gegen die Regierung oder den Premierminister: Verordnung von Neuwahlen durch Präsident auf Bitte der Regierung; bei Votum gegenüber einem Minister: Entlassung des Ministers (97)/Vertrauensfrage in Verbindung mit Einbringung eines Entwurfs (98); <i>Parlament:</i> Staatsversammlung/101 Mitglieder; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: stimmberechtigte estnische Bürger, mindestens 21 Jahre alt (60)/außerordentliche Neuwahlen bei gescheiterter Regierungsbildung (89), nach Misstrauensvotum (97, siehe oben), bei gescheiterter Volksentscheid (105) oder gescheiterter Verabschiedung des Staatshaushaltes (119)
Finnland	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: sechs Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: finnischer Staatsbürger von Geburt an (54)/Verfassungseid vor Amtsantritt (56); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident wird vom Parlament gewählt und anschließend vom Präsidenten ernannt; die Minister werden vom Präsidenten auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt (61); die Regierung ist gegenüber dem Parlament verantwortlich (60)/besitzt sie nicht mehr das Vertrauen des Parlaments, wird sie vom Präsidenten entlassen (64); <i>Parlament:</i> eine Kammer mit 200 Abgeordneten; unmittelbare Wahl, Verhältniswahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: mündige Wahlberechtigte, keine Miltärangehörigkeit (24, 25, 27)/vorgezogene Parlamentswahlen auf Antrag des Ministerpräsidenten, nach Anhörung der Fraktionen und nach Beschluss des Parlaments (26)
Frankreich	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre (3, 6, 7); <i>Regierung:</i> Premierminister und Minister/der Premierminister wird vom Präsidenten ernannt und entlassen (8); die Regierung ist gegenüber dem Parlament verantwortlich (20)/der Premierminister kann in der Nationalversammlung die Vertrauensfrage über sein Regierungsprogramm oder über eine Erklärung zur allgemeinen Politik stellen; folgt mehr als die Hälfte aller Abgeordneten einem Misstrauensantrag, muss der Premierminister beim Präsidenten den Rücktritt der Regierung einreichen (49, 50); <i>Parlament:</i> Nationalversammlung und Senat/Nationalversammlung: 577 Abgeordnete (gesetzlich geregelt); unmittelbare Wahl durch das Volk (24); Wahlperiode: fünf Jahre (gesetzlich geregelt)/Senat: 331 Senatoren (gesetzlich geregelt); mittelbare Wahl; Vertretung der Gebietskörperschaften und der außerhalb Frankreichs wohnenden Franzosen (24); Wahlperiode: sechs Jahre (gesetzlich geregelt)/freies Mandat in beiden Kammern (27)/Auflösung durch Präsidenten nach Beratung mit Premierminister möglich, Neuwahlen folgen (12)
Griechenland	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird vom Parlament mit 2/3-Mehrheit gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: Griechen, mindestens 40 Jahre alt (30–32)/Verfassungseid vor Amtsantritt (33)/der Präsident kann vom Parlament mit 2/3-Mehrheit wegen Hochverrat oder vorsätzlicher Verletzung der Verfassung angeklagt werden (49); <i>Regierung:</i> Ministerpräsi-

	<p>dent und Minister (Ministerrat)/der Ministerpräsident wird vom Präsidenten ernannt; die Minister werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom Präsidenten ernannt und entlassen (37) „Die Regierung bedarf des Vertrauens des Parlaments“; sie kann jederzeit die Vertrauensfrage stellen; ein Vertrauensbeschluss bedarf der absoluten Mehrheit der anwesenden Parlamentarier; das Parlament kann der Regierung oder einem Minister das Vertrauen entziehen; die Annahme eines Misstrauensantrags bedarf der absoluten Mehrheit aller Abgeordneten (84); <i>Parlament</i>: Eine Kammer mit mindestens 200, höchstens 300 Mitgliedern; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte Griechen, mindestens 25 Jahre alt, Ausnahmen (51, 53, 55, 56)/die Abgeordneten vertreten die Nation (51); freies Mandat (60)/Auflösung des Parlaments unter bestimmten Bedingungen möglich (41, siehe unten)</p>
Irland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Präsident/der Präsident wird unmittelbar vom Volk gewählt; Amtsdauer: sieben Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: Bürger, mindestens 35 Jahre alt (12)/Verfassungseid vor Amtsantritt (12)/beide Kammern können den Präsidenten wegen festgestellter Pflichtwidrigkeit anklagen (12); <i>Regierung</i>: Premierminister und Minister/die Regierungsmitglieder werden vom Präsidenten nach Maßgabe der Verfassung ernannt; der Premierminister, sein Stellvertreter und der Finanzminister müssen Mitglieder des Repräsentantenhauses sein (28); die Regierung ist dem Repräsentantenhaus verantwortlich; der Premierminister muss zurücktreten, wenn er im Repräsentantenhaus keine Mehrheit hat, es sei denn, es finden unverzüglich Neuwahlen statt (28)/der Premierminister steht der Regierung vor (28); <i>Parlament</i>: das Nationale Parlament besteht aus dem Präsidenten, dem Repräsentantenhaus und dem Senat (15)/Repräsentantenhaus: 166 Abgeordnete (gesetzlich geregelt); unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: höchstens sieben Jahre – ein kürzerer Zeitraum kann durch das Gesetz bestimmt werden; wählbar: Bürger, mindestens 16 Jahre alt (16)/das Repräsentantenhaus wird vom Präsidenten auf Anraten des Premierministers einberufen und aufgelöst (13)/Senat: 60 Mitglieder, von denen elf vom Premierminister ernannt und 49 gewählt werden; je drei der zu wählenden Mitglieder werden von der Nationalen Universität und von der Universität Dublin gewählt; 43 Mitglieder werden aus Kandidatenlisten gewählt (18)</p>
Italien	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Präsident/der Präsident wird in einer gemeinsamen Sitzung von Abgeordnetenversammlung und Senat sowie je drei Delegierten der Regionen (Aostatal: ein Delegierter) mit 2/3-Mehrheit (im dritten Wahlgang genügt die absolute Mehrheit) gewählt; Amtsdauer: sieben Jahre; wählbar: Italiener, mindestens 50 Jahre alt (83–85)/er kann vom Parlament in gemeinsamer Sitzung wegen Hochverrats oder Angriff auf die Verfassung angeklagt werden (90); <i>Regierung</i>: Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident wird vom Präsidenten ernannt (92); die Regierung bedarf des Vertrauens beider Kammern (94)/der Ministerpräsident leitet die Politik der Regierung (95); <i>Parlament</i>: Abgeordnetenversammlung und Senat/Abgeordnetenversammlung: 630 Abgeordnete; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: fünf Jahre; wählbar: Wahlberechtigte, mindestens 25 Jahre alt (55, 56, 60)/Senat: 315 Senatoren; Wahl auf regionaler Basis unmittelbar durch das Volk; Wahlperiode: fünf Jahre; wählbar: Wahlberechtigte, mindestens 40 Jahre alt (57, 58, 60)/freies Mandat für die Mitglieder beider Kammern (67)/Auflösung der Kammern durch Präsidenten nach Anhörung ihrer Präsidenten möglich (88)</p>
Lettland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Staatspräsident/der Staatspräsident wird vom Parlament in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens 51 Stimmen gewählt; Amtsdauer: vier Jahre, Ausübung durch eine Person maximal sechs Jahre; wählbar: Staatsbürger Lettlands, keine doppelte Staatsbürgerschaft, mindestens 40 Jahre alt, Unvereinbarkeit mit anderen Ämtern (35–39)/Verfassungseid vor Amtsantritt (40)/der Staatspräsident gilt nach Scheitern einer Volksabstimmung zur Auflösung des Parlaments oder nach Votum von 2/3 der Parlamentsmitglieder gegen ihn als abgesetzt, dann ist sofortige Neuwahl des Präsidenten nötig/er trägt für seine politische Tätigkeit keine Verantwortung (53); <i>Regierung</i>: Ministerpräsident und Minister (55)/der Ministerpräsident wird vom Staatspräsident berufen und stellt das Ministerkabinett zusammen (56)/die Regierung bedarf des Vertrauens des Parlaments und ist dem Parlament gegenüber verantwortlich; nach Misstrauensvotum durch das Parlament müssen das ganze Kabinett oder einzelne Minister zurücktreten (59); <i>Parlament</i>: Es besteht aus 100 Volksvertretern; unmittelbare</p>

	Wahl durch das Volk über Verhältniswahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Bürger Lettlands, mindestens 21 Jahre alt (5, 6, 9, 10)/Auflösung des Parlaments nach Antrag des Präsidenten und Zustimmung des Volkes durch Volksabstimmung (48)
Litauen	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird unmittelbar vom Volk allgemein, gleich und geheim gewählt; Wahl in maximal zwei Wahlgängen, absolute Mehrheit oder 1/3-Mehrheit nötig (abhängig von Wahlbeteiligung); Unvereinbarkeit mit anderen Ämtern; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: seit mindestens drei Jahren in Litauen wohnhafte Bürger, die ins Parlament gewählt werden könnten, mindestens 40 Jahre alt und mit mindestens 20.000 Unterschriften (77–79, 81, 83); Unverletzlichkeit der Person (86); Amtsenthebungsverfahren durch das Parlament (74, 86, 88); Parlament kann Neuwahl des Präsidenten verkünden, wenn dieses durch Beschluss des Präsidenten neu gewählt wurde (87); <i>Regierung:</i> Premierminister und Minister (91)/der Premier wird mit Zustimmung des Parlaments vom Präsidenten ernannt und entlassen; die Minister werden vom Präsidenten auf Vorschlag des Premiers ernannt und entlassen; jede neue Regierung muss ihr Programm durch eine Parlamentsmehrheit billigen lassen (92); die Regierung ist dem Parlament verantwortlich (96)/die Regierung muss u. a. zurücktreten bei: doppelter Ablehnung des Regierungsprogramms oder Misstrauensvotum durch das Parlament, bei Neuwahlen des Parlaments; Misstrauensvotum auch gegenüber einzelnen Ministern (101); <i>Parlament:</i> Seimas mit 141 Mitgliedern; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Bürger Litauens, mindestens 25 Jahre alt und wohnhaft im Land (55, 56)/Auflösung des Parlaments durch Präsidenten bei gescheiterter Regierungsbildung oder Misstrauensvotum (58)
Luxemburg	<i>Staatsoberhaupt:</i> Großherzog/Verfassungseid vor Thronbesteigung (5)/„Die Person des Großherzogs ist unverletzlich“ (4); <i>Regierung:</i> Die Organisation der Regierung wird vom Großherzog geregelt; die Regierung muss aus mindestens drei Mitgliedern bestehen (76); daneben besteht ein Rat, der u. a. über Gesetzentwürfe berät und Verwaltungsstreitigkeiten entscheidet; seine Organisation und Befugnisse sind gesetzlich geregelt (83a)/die Regierungsmitglieder werden vom Großherzog ernannt und entlassen (77), sie sind verantwortlich (78); <i>Parlament:</i> Abgeordnetenkammer mit 60 Abgeordneten; unmittelbare Wahl durch das Volk über Verhältniswahl in vier Wahlkreisen; Wahlperiode: fünf Jahre; wählbar: Luxemburger, mindestens 18 Jahre alt; Wohnsitz Luxemburg, Ausnahmen (51, 53, 56)/das Parlament vertritt das Land; freies Mandat (50)/Auflösung durch Präsidenten möglich (72, 74)
Malta	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird durch Resolution des Parlaments gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre; wählbar: Malteser Bürger, Unvereinbarkeit mit zahlreichen Ämtern der Justiz und von Kommissionen (22, 48)/Eid vor Amtsantritt (50); <i>Regierung:</i> Premierminister und Minister/der Premierminister wird vom Präsidenten unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament ernannt, der Präsident ernennt und entlässt in Absprache mit dem Premierminister auch die übrigen Minister (80); die Regierung ist dem Parlament verantwortlich (79)/Nach einem Misstrauensvotum des Parlaments mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten entlässt der Präsident den Premierminister und die Minister (81); <i>Parlament:</i> Repräsentantenhaus; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: fünf Jahre (56, 76); wählbar: wahlberechtigte Malteser, Ausnahmen (53, 54)/Auflösung des Parlaments durch Präsidenten möglich auf Vorschlag des Premierministers nach Misstrauensvotum oder bei gescheiterter Regierungsbildung (76)/der Sprecher des Repräsentantenhauses und der Präsident können im Parlament sitzen, ohne ein Mandat bei den Wahlen zu bekommen (51, 59)
Niederlande	<i>Staatsoberhaupt:</i> König/Verfassungseid vor Amtsübernahme (32)/„Der König ist unverletzlich“ (42); er kann jedoch auf Antrag des Ministerrates vom Parlament für amtsunfähig erklärt werden (35); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident und die übrigen Minister werden vom König ernannt und entlassen (43); die Minister bilden unter Vorsitz des Ministerpräsidenten den Ministerrat (45); <i>Parlament:</i> erste Kammer: 75 Mitglieder; Wahl erfolgt durch die Mitglieder der Provinzialparlamente; Wahlperiode: vier Jahre (51, 52, 55)/zweite Kammer: 150 Mitglieder; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Wahlberechtigte (51, 52, 54, 56; siehe oben)/das Parlament vertritt das gesamte

	Volk (50)
Österreich	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Bundespräsident/der Bundespräsident wird vom Bundesvolk mit absoluter Mehrheit gewählt; Amtsdauer: sechs Jahre, einmalige anschließende Wiederwahl möglich; wählbar: Bürger mit Wahlrecht zum Nationalrat, mindestens 35 Jahre alt (60)/Amtseid bei Amtsantritt (62)/Absetzung des Bundespräsidenten durch Volksabstimmung auf Anordnung der Bundesversammlung (60)/Verantwortlichkeit des Bundespräsidenten vor der Bundesversammlung und Anklage durch diese beim Verfassungsgerichtshof mit 2/3-Mehrheit (68, 142.2); <i>Regierung:</i> Bundeskanzler, Vizekanzler und Bundesminister (69.1)/der Bundeskanzler und auf seinen Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung werden vom Bundespräsidenten ernannt (70)/Anlobung vom Bundespräsidenten vor Amtsantritt (72)/Amtsenthebung der Regierung oder einzelner Minister nach Vertrauensuntersagung des Nationalrates oder durch den Bundespräsidenten (74)/Anklage von Regierungsmitgliedern beim Verfassungsgerichtshof durch den Nationalrat (142); <i>Parlament:</i> Nationalrat und Bundesrat (24)/Nationalrat: Regelung der Anzahl der Abgeordneten laut 26.2; unmittelbare Verhältniswahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: österreichische Staatsbürger, mindestens 19 Jahre alt (26, 27)/Bundesrat: nicht durch Gesetz festgelegte Anzahl an Vertretern der Länderregierungen (Verteilung nach Einwohnerzahl, zur Zeit 62 Vertreter), die von den Landtagen durch Verhältniswahl gewählt werden (34, 35)/Unvereinbarkeit mehrerer Ämter (59, 92)/der Nationalrat kann sich selbst auflösen oder vom Bundespräsidenten aufgelöst werden (29)</p>
Polen	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: polnische Staatsbürger, mindestens 35 Jahre alt, volles Wahlrecht bei Sejmwahlen; der Kandidat wird von mindestens 100.000 Staatsbürgern, die das Wahlrecht in den Sejm haben, aufgestellt (127)/Eid vor Amtsantritt (130)/Unvereinbarkeit des Präsidentenamtes mit anderen Ämtern (132)/Anklage des Präsidenten vor dem Staatsgerichtshof wegen Verletzung der Verfassung, des Gesetzes oder Begehung einer Straftat durch Beschluss von mindestens 2/3 der Mitglieder der Nationalversammlung und auf Antrag von mindestens 140 Mitgliedern der Nationalversammlung; nach Beschluss Suspendierung (145); <i>Regierung:</i> Vorsitzender des Ministerrates und Minister (147)/der Präsident bestimmt den Vorsitzenden des Ministerrates, der die Mitglieder des Ministerrates vorschlägt (153); dann stellt der Vorsitzende des Ministerrates innerhalb von 14 Tagen dem Sejm das Arbeitsprogramm des Ministerrates vor, woraufhin der Sejm ihm das Vertrauen aussprechen muss (154); Rücktritt des Ministerrates oder einzelner Minister nach Misstrauensvotum durch den Sejm mit absoluter Mehrheit (158, 159); <i>Parlament:</i> Sejm und Senat (95)/Sejm: 460 Abgeordnete; unmittelbare Verhältniswahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte polnische Staatsbürger, mindestens 21 Jahre alt (96, 98, 99.1)/Senat: 100 Senatoren; unmittelbare Wahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte polnische Staatsbürger, mindestens 30 Jahre alt (97, 98, 99.2)/Kandidatenaufstellung für Sejm und Senat durch politische Parteien oder Wähler; gleichzeitige Kandidatur für Sejm und Senat nicht möglich (100, 102)/Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandats mit bestimmten anderen Berufen und Tätigkeiten (103)/der Sejm kann mit 2/3-Mehrheit die Verkürzung seiner Amtszeit und gleichzeitig der des Senats beschließen (98.3)</p>
Portugal	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: wahlberechtigte Portugiesen, mindestens 35 Jahre alt (120–123, 126, 128)/Verfassungseid vor Amtsantritt (127)/der Präsident kann vom Parlament für in Ausübung seines Amtes begangene Verbrechen angeklagt werden (130); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident wird vom Präsidenten nach Anhörung der im Parlament vertretenen Parteien und unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses ernannt; die Minister werden vom Präsidenten auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt (187); die Regierung ist dem Präsidenten und dem Parlament verantwortlich (190); die Minister sind an das Regierungsprogramm gebunden, das vom Parlament gebilligt wurde (189, 192)/die Regierung kann im Parlament die Vertrauensfrage stellen (193); im Parlament kann ein gegen die Regierung gerichteter Misstrauensantrag gestellt werden, er bedarf der absoluten Mehrheit der Abgeordneten (194, 195)/die Regierung muss u. a. zurücktreten bei:</p>

	Ablehnung des Regierungsprogramms, Ablehnung eines Vertrauensvotums, Verabschiedung eines Misstrauensantrages (195); <i>Parlament</i> : Versammlung der Republik mit 180 bis 230 Abgeordneten; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte Portugiesen (10, 49, 147, 148, 150, 171, 174; siehe oben)/die Abgeordneten vertreten das ganze Land (152)/das Parlament kann durch den Präsidenten nach Anhörung der Fraktionen und der Regierung aufgelöst werden (133, 172)
Rumänien	<i>Staatsoberhaupt</i> : Präsident/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: wahlberechtigte Bürger Rumäniens mit Wohnsitz im Land, mindestens 35 Jahre alt; Zustimmung des Verfassungsgerichts und Eid vor Amtsantritt, Unvereinbarkeit mit Parteimitgliedschaft oder einem anderen Amt (37, 81–84)/Suspendierung bei verfassungswidrigem Handeln durch das Parlament nach Beratung mit dem Verfassungsgericht (95); Amtsanklage bei Hochverrat auf Vorschlag des Parlaments, ausgesprochen durch den Obersten Gerichtshof (96); <i>Regierung</i> : Premierminister und Minister (102)/der Premierminister wird vom Präsidenten nach Beratung mit der Mehrheitspartei bzw. allen Parteien im Parlament ernannt; er schlägt die anderen Regierungsmitglieder vor und schlägt die Entlassung von Ministern vor; nach der Ernennung muss das Parlament der Regierung das Vertrauen aussprechen (85, 104)/der Präsident kann den Premierminister nicht entlassen (107)/die Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich und kann die Vertrauensfrage mit einem Gesetz oder dem Programm verbinden; Misstrauensvotum durch das Parlament in gemeinsamer Sitzung möglich (110, 113, 114); <i>Parlament</i> : Abgeordnetenkammer und Senat (61), unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre (62); wählbar: wahlberechtigte Bürger Rumäniens mit Wohnsitz im Land, mindestens 23 Jahre alt für die Abgeordnetenkammer, mindestens 33 Jahre alt für den Senat (37)/Organisationen nationaler Minderheiten haben das Recht auf mindestens einen Sitz im Parlament (62)/freies Mandat (69)/Auflösung des Parlaments durch Präsidenten bei gescheiterter Regierungsbildung möglich (89)
Schweden	<i>Staatsoberhaupt</i> : König/der König muss mindestens 18 Jahre alt, schwedischer Staatsangehöriger und evangelischen Glaubens sein; die Nachfolge wird durch das Thronfolgesetz geregelt (1.5, 5.2, Thronfolgesetz)/„Der König kann wegen seiner Handlungen nicht belangt werden“ (5.7); der Reichstag kann jedoch bei Nichterfüllung der Pflichten über eine Abdankung des Königs entscheiden (5.5); <i>Regierung</i> : Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident wird vom Parlament gewählt, er ernennt die übrigen Minister (6.1–6.4)/die Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich (1.6); wenn ein Regierungsmitglied nicht mehr das Vertrauen des Parlaments genießt, hat der Präsident des Parlaments dieses Regierungsmitglied zu entlassen (6.5); <i>Parlament</i> : Reichstag/eine Kammer mit 349 Mitgliedern; direkte Wahlen durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte Schweden (3.1–3.3)/Ausschreibung außerordentlicher Neuwahlen des Reichstags durch Regierung möglich (3.4)
Slowakische Republik	<i>Staatsoberhaupt</i> : Präsident/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre; einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: wahlberechtigte Slowaken, mindestens 35 Jahre alt; Wahlvorschläge durch mindestens 15 Abgeordnete oder über eine Petition von mindestens 15.000 Bürgern (101, 103)/Eid vor Amtsantritt (101)/Amtsanklage durch Nationalrat beim Verfassungsgericht bei vorsätzlicher Verletzung der Verfassung oder Landesverrat (107)/Volksabstimmung zur Abberufung auf Beschluss von 3/5 der Parlamentsabgeordneten möglich (106); <i>Regierung</i> : Ministerpräsident, Stellvertreter und Minister (109)/der Ministerpräsident wird vom Präsidenten ernannt und abberufen, er schlägt die übrigen Regierungsmitglieder vor und kann sie abberufen (110, 111); nach der Berufung muss die Regierung dem Nationalrat ihr Programm vorlegen, dieser muss der Regierung sein Vertrauen aussprechen (113)/die Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich, sie kann jederzeit die Vertrauensfrage stellen und diese mit einem Gesetzentwurf verbinden; der Nationalrat kann der Regierung oder einzelnen Mitgliedern das Misstrauen aussprechen, danach muss die Abberufung durch den Präsidenten erfolgen (88, 114–116); <i>Parlament</i> : Nationalrat mit 150 Abgeordneten mit freiem Mandat; unmittelbare Wahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: wahlberechtigte Bürger mit ständigem Aufenthalt im Land,

	mindestens 21 Jahre alt (73, 74); keine zeitgleiche Ausübung des Mandats mit Regierungsamt (77)/es kann in bestimmten Fällen vom Präsidenten aufgelöst werden (102)
Slowenien	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident/der Präsident wird unmittelbar mit Mehrheit vom Volk gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: wahlberechtigte Slowenen (103); Eid vor Amtsantritt (104); Unvereinbarkeit mit anderen Ämtern oder Berufen (105)/Amtsanklage durch die Staatsversammlung beim Verfassungsgerichtshof bei Verstoß gegen die Verfassung oder grober Gesetzesverletzung (109); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister (110)/der Ministerpräsident wird vom Staatspräsident vorgeschlagen und von der Staatsversammlung gewählt (111)/die Minister werden von der Staatsversammlung auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt und entlassen (112)/Absetzung der Regierung durch Misstrauensvotum der Staatsversammlung mit Neuwahl eines Ministerpräsidenten auf Antrag von mindestens zehn Abgeordneten (116) oder durch Vertrauensfrage, auch in Verbindung mit einem Gesetz, der Regierung an die Staatsversammlung (117)/Absetzung von Ministern durch Anklage der Staatsversammlung (119); <i>Parlament:</i> Staatsversammlung und Staatsrat/Staatsversammlung mit 90 Abgeordneten; unmittelbare Wahl; Wahlperiode: vier Jahre (80, 81), wählbar: gesetzlich geregelt, wie auch die Unvereinbarkeit des Abgeordnetenmandates mit anderen Tätigkeiten (82)/es kann in bestimmten Fällen vom Präsident aufgelöst werden (81, 107)/Staatsrat mit 40 Mitgliedern als Vertretung sozialer, wirtschaftlicher, beruflicher und örtlicher Interessen (96); Wahlperiode: fünf Jahre (98)/keine zeitgleiche Ausübung von Mitgliedschaft im Staatsrat und in der Staatsversammlung (100)
Spanien	<i>Staatsoberhaupt:</i> König/Verfassungseid vor der Thronbesteigung (61)/der König ist unverletzlich und kann nicht zur Verantwortung gezogen werden (56); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/der Ministerpräsident wird vom König nach Anhörung der Parlamentsfraktionen vorgeschlagen; er legt dem Kongress sein Regierungsprogramm vor und stellt die Vertrauensfrage; wird ihm mit absoluter Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen, so wird er vom König zum Ministerpräsidenten ernannt (99); die Minister werden vom König auf Vorschlag des Ministerpräsidenten ernannt und entlassen (100); die Regierung ist für ihre Politik gegenüber dem Kongress verantwortlich (108)/der Ministerpräsident kann im Parlament die Vertrauensfrage stellen (112); im Parlament kann ein gegen die Regierung gerichteter Misstrauensantrag gestellt werden; er bedarf der absoluten Mehrheit (113); wenn der Kongress der Regierung das Vertrauen verweigert oder einen Misstrauensantrag billigt, so reicht diese beim König ihren Rücktritt ein (114); <i>Parlament:</i> Kongress der Abgeordneten und Senat/Kongress: 300 bis 400 Mitglieder; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Wahlberechtigte (68)/Senat: Kammer der territorialen Repräsentation; je vier Senatoren pro Provinz; unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Wahlberechtigte (68, 69)/beide Kammern vertreten das Volk; sie sind unverletzlich (66); freies Mandat (67)/der Ministerpräsident kann dem König die Auflösung beider Kammern vorschlagen; dieser vollzieht sie (115)
Tschechische Republik	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit vom Parlament in einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; Vorschlagsrecht: mindestens zehn Abgeordnete oder Senatoren; wählbar: für den Senat wählbare Bürger (54–58)/Verfassungseid vor Amtsantritt (55, 59)/Anklage wegen Hochverrat durch Senat und Entscheidung durch Verfassungsgericht (65); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/der Präsident ernennt den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die anderen Regierungsmitglieder; danach muss das Abgeordnetenhaus der Regierung das Vertrauen aussprechen (67, 68)/die Regierung tritt zurück oder wird vom Präsidenten entlassen, wenn das Abgeordnetenhaus ihren Vertrauensantrag abgelehnt oder ihr in absoluter Mehrheit das Misstrauen ausgesprochen hat (71–75); <i>Parlament:</i> Abgeordnetenhaus und Senat/Abgeordnetenhaus: 200 Mitglieder; unmittelbare Wahl durch das Volk; Verhältniswahl; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: Wahlberechtigte, mindestens 21 Jahre alt (15, 16, 18, 19)/Senat: 81 Mitglieder; unmittelbare Wahl durch das Volk; Mehrheitswahl; Wahlperiode: sechs Jahre, 1/3 der Senatoren wird alle zwei Jahre gewählt; wählbar: Wahlberechtigte, mindestens 40 Jahre alt (15, 16, 18, 19)/freies

	Mandat für Parlamentsabgeordnete (26)/Auflösung des Abgeordnetenhauses durch den Präsidenten möglich u. a. bei Misstrauensvotum gegenüber Regierung (35)
Ungarn	<i>Staatsoberhaupt:</i> Präsident der Republik/der Präsident wird in geheimer Abstimmung vom Parlament von einer 2/3-Mehrheit im ersten oder zweiten Wahlgang oder mit absoluter Mehrheit der Stimmen im dritten Wahlgang gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre, einmalige Wiederwahl möglich; wählbar: wahlberechtigte ungarische Staatsbürger, mindestens 35 Jahre alt; zur Kandidatur Empfehlung von 50 Parlamentariern nötig (29)/Amtsanklage durch Parlament und Entscheidung durch Verfassungsgericht (31a, 32); <i>Regierung:</i> Ministerpräsident und Minister/den Ministerpräsidenten wählt das Parlament auf Vorschlag des Präsidenten, gleichzeitig wird das Regierungsprogramm beschlossen; der Präsident ernennt und entlässt die Minister auf Vorschlag des Ministerpräsidenten (33)/Ablösung der Regierung durch konstruktives Misstrauensvotum der Parlamentsmehrheit auf Antrag von mindestens 1/5 der Abgeordneten (39a); <i>Parlament:</i> unmittelbare Wahl durch das Volk; Wahlperiode: vier Jahre; wählbar: jeder in Ungarn lebende volljährige ungarische Staatsbürger (70, 71)/das Parlament kann sich selbst auflösen oder nach wiederholtem Misstrauensvotum und Nichtwahl der Regierung vom Präsidenten aufgelöst werden (28)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	<i>Staatsoberhaupt:</i> König/in (Petition of Rights; Bill of Rights; Act of Settlement; Parlamentsgesetze); <i>Regierung:</i> Keine Regelung; <i>Parlament:</i> Oberhaus und Unterhaus (Parlamentsgesetze); Legislaturperiode des Unterhauses: maximal fünf Jahre; im Oberhaus dürfen 90 Personen durch erbliche Peerswürde Mitglieder sein (Parlamentsgesetze)
Zypern	<i>Staatsoberhaupt:</i> zyperngriechischer Präsident der Republik (1, 36)/der Präsident wird unmittelbar mit absoluter Mehrheit der gültigen Stimmen von der griechischen Volksgruppe gewählt; Amtsdauer: fünf Jahre; wählbar: griechisch-zypriotische Bürger, mindestens 35 Jahre alt (1, 39, 40); Vizepräsident als zweites Staatsoberhaupt, unter gleichen Bedingungen wie der Präsident von der türkischen Volksgruppe gewählt, Amt nicht besetzt (1, 36, 39, 40)/Amtsanklage des Staatsoberhauptes vor dem Hohen Gericht auf Antrag des Repräsentantenhauses (45); <i>Regierung:</i> Präsident, Vizepräsident und Ministerrat (46)/der Ministerrat wird von Präsident und Vizepräsident ein- und abgesetzt (46–49); <i>Parlament:</i> Repräsentantenhaus/unmittelbare Wahl durch das Volk; davon 70 Prozent durch die griechische, 30 Prozent durch die türkische Volksgruppe gewählt; Wahlperiode: fünf Jahre; wählbar: Bürger der Republik, mindestens 25 Jahre alt, Ausnahmen; Unvereinbarkeit des Mandats mit Ministeramt oder Mandat in einer Volksgruppenkammer (61, 62, 64, 65, 70)/das Parlament kann sich selbst auflösen (67)/Volksgruppenkammern: siehe subnationale Einheiten

	<i>Kompetenzen</i>
Belgien	<i>Staatsoberhaupt:</i> Der König ernennt und entlässt Minister (96)/er kann beide Kammern auflösen, wenn die Abgeordnetenkammer der Regierung mit absoluter Mehrheit das Misstrauen ausspricht (46); er kann die Kammern für einen Monat vertagen (45)/„Der König sanktioniert die Gesetze und fertigt sie aus“ (109); er erlässt die zur Ausführung notwendigen Verordnungen und Erlasse (108); eine königliche Verfügung ist nur mit ministerieller Gegenzeichnung wirksam (106)/der König leitet die internationalen Beziehungen des Föderalstaates, schließt Verträge (außerhalb der Zuständigkeiten von Gemeinschaft und Region), befiehlt die Streitkräfte, erklärt den Krieg und den Frieden; er muss die Kammern davon in Kenntnis setzen (167); <i>Regierung:</i> Minister mit Zutritts- und Rederecht in den Kammern (100); <i>Parlament:</i> Jedes Mitglied hat Initiativrecht (75)/die Abgeordnetenkammer allein hat u. a. Haushaltsrecht (74)/gemeinsame Zuständigkeiten beider Kammern (77) oder Mitsprache vom Senat (78)/das Parlament hat Untersuchungsrecht (56)/es kann durch Misstrauensvotum für die Enthebung der Regierung sorgen (46)/Abgeordnetenkammer (immer) und Senat (teilweise) können die Anwesenheit von Ministern verlangen (100)
Bulgarien	<i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident schlägt den Regierungschef vor (99), er ernennt und entlässt andere Staatsbeamte (98)/er kann das Parlament auflösen und einberufen lassen (78, 99)/er schreibt Parlamentswahlen und beschlossene Volks-

	<p>entscheide aus (98)/er verkündet Gesetze, gibt Erlasse heraus und schließt internationale Verträge (98, 102), er hat suspensives Vetorecht bei Gesetzen (101)/der Präsident ist Oberster Befehlshaber der Streitkräfte (100)/er hat Begnadigungsrecht und gewährt Asyl (98); <i>Regierung</i>: Sie bestimmt und realisiert die Innen- und Außenpolitik, gewährleistet die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit, leitet die Verwaltung und die Streitkräfte (105)/sie kann vom Parlament ein Vertrauensvotum verlangen (112), sie kann das Parlament einberufen lassen (78)/sie nimmt im Rahmen der Gesetze Verordnungen, Verfügungen und Beschlüsse an (114)/die Regierung hat Initiativrecht (87)/die Regierung leitet u. a. die Durchführung des Staatshaushalts und bringt ihn ins Parlament ein (87, 106)/der Ministerpräsident leitet und koordiniert die allgemeine Regierungspolitik (108)/Regierungsmitglieder haben vorrangiges Rederecht im Parlament (83); <i>Parlament</i>: Es „verabschiedet, ändert, ergänzt und hebt Gesetze auf“ (87), jeder Abgeordnete hat Initiativrecht (87)/das Parlament legt Präsidentschaftswahlen fest, beschließt Volksentscheide, wählt und enthebt die Regierung und entscheidet, wann es (nicht) tagt (74, 78, 84, 89)/es hat Haushaltsrecht und legt die Steuern fest (84)/es kann Amtspersonen und Bürger in seine Ausschüsse vorladen (80)/es erlässt Amnestien (84)/das Parlament ratifiziert und kündigt bestimmte internationale Verträge (85), es entscheidet über Krieg und Frieden (84)/Interpellationsrecht (90)</p>
Dänemark	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der König ernennt und entlässt Minister (14)/er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben (32)/er hat im Parlament Initiativrecht (21)/er billigt und verkündet die Gesetze (22); eine königliche Verfügung ist nur mit ministerieller Gegenzeichnung wirksam (14)/der König handelt in zwischenstaatlichen Angelegenheiten; in der Regel ist er auf die Mitwirkung oder Zustimmung des Parlaments angewiesen (19); <i>Regierung</i>: Minister haben Rederecht im Parlament (40)/Minister sind für die Regierungsführung verantwortlich (13); <i>Parlament</i>: Jedes Mitglied hat Initiativrecht (41)/das Parlament hat Haushaltsrecht (46)/das Parlament hat Untersuchungsrecht (51)/Es kann durch Misstrauensvotum für die Enthebung der Regierung sorgen (15)/Es kann die Anwesenheit von Ministern verlangen (53)</p>
Deutschland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Bundespräsident ernennt und entlässt die Minister auf Vorschlag des Bundeskanzlers (64); er ernennt und entlässt Bundesrichter, Bundesbeamte, Offiziere und Unteroffiziere (60)/er löst den Bundestag gemäß Art. 63 oder Art. 68 auf (58)/er zeichnet Gesetze gegen und verkündet sie (82); Anordnungen und Verfügungen des Bundespräsidenten bedürfen in der Regel der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers oder des zuständigen Ministers (58)/der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich; er schließt Verträge mit auswärtigen Staaten; sie bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung des Parlaments (59); <i>Regierung</i>: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und leitet die Regierungsgeschäfte (65)/die Regierung kann Gesetze in den Bundestag einbringen (76); sie kann auf der Grundlage von Gesetzen Rechtsverordnungen erlassen (80)/Mitglieder der Regierung und des Bundesrates haben Rederecht im Bundestag (43); <i>Parlament</i>: Gesetzentwürfe können „aus der Mitte des Bundestages“, vom Bundesrat und von der Regierung eingebracht werden (76); sie werden vom Bundestag beschlossen und nach ihrer Annahme an den Bundesrat weitergeleitet; einige bedürfen dessen Zustimmung (77)/der Haushaltsentwurf wird von der Regierung erstellt, im Bundestag eingebracht und gleichzeitig dem Bundesrat zugeleitet (110); Gesetze, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen führen, bedürfen der Zustimmung der Regierung (113)/die Feststellung des Verteidigungsfalls trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates; sie erfolgt auf Antrag der Regierung, bedarf einer 2/3-Mehrheit und wird vom Bundespräsidenten verkündet (115a)/der Bundesrat ist von der Regierung über die Führung der Geschäfte auf dem Laufenden zu halten (53)/der Bundestag hat Untersuchungsrecht (44)/Möglichkeit zum konstruktiven Misstrauensvotum (67)/beide Kammern können die Anwesenheit jedes Regierungsmitglieds verlangen (43, 53)</p>
Estland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Präsident der Republik ernennt und entlässt die Mitglieder der Regierung (78); er nominiert als erster den Premierminister (89, siehe oben); er verändert die Zusammensetzung der Regierung auf Vorschlag des Premierministers (90); er ernennt Personen für zivile und militärische Ämter/er kann außerordentliche Sitzungen des Parlaments einberufen (68); er verkündet formell Neu-</p>

	<p>wahlen (78)/der Präsident kann Gesetze jeweils einmal zur erneuten Beratung ans Parlament zurückverweisen; er verkündet die Gesetze und unterzeichnet Ratifikationsurkunden (78, 107); er erlässt Verordnungen (78, 109, 110); er initiiert Verfassungsänderungen (78)/der Präsident hat Begnadigungsrecht (78); <i>Regierung</i>: Sie setzt die staatliche Politik um; sie leitet und koordiniert die Tätigkeit der Regierungseinrichtungen; sie organisiert den Vollzug von Gesetzen und Beschlüssen; sie bringt Gesetzentwürfe und internationale Verträge ins Parlament ein; sie erlässt auf Grundlage der Gesetze Verordnungen (87)/die Regierung kann außerordentliche Sitzungen des Parlaments vorschlagen (68)/die Regierung legt den Entwurf zum Staatshaushalt dem Parlament vor und sorgt für dessen Vollzug/sie regelt die Beziehungen zu anderen Staaten (87)/Regierungsmitglieder haben Rederecht in der Staatsversammlung (100); <i>Parlament</i>: Das Parlament beschließt die Gesetze, z. B. zur Staatsangehörigkeit, zu den Wahlen, Staatsorganen, zum Staatshaushalt, zur Staatskontrolle, zum Ausnahmezustand, zur Landesverteidigung (65, 104); Abgeordnete, Fraktionen und Kommissionen des Parlaments haben Initiativrecht (103)/das Parlament entscheidet über die Durchführung einer Volksabstimmung (65)/das Parlament hat Haushaltsrecht (65, 115)/die Staatsversammlung beschließt Verträge der Republik Estland und internationale Verträge (121, 122); sie verkündet auf Vorschlag des Präsidenten den Kriegszustand (65)/Misstrauensvotum gegenüber Regierung möglich (97)/Interpellationsrecht (74)/außerordentliche Sitzungen des Parlaments können von 1/5 seiner Mitglieder vorgeschlagen werden (68)</p>
Finnland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Präsident ernennt oder entlässt die Regierung bzw. ihre Mitglieder (58)/er ordnet in Abstimmung mit den anderen Organen vorgezogene Parlamentswahlen an (58)/er ratifiziert Gesetze, kann aber bei Ablehnung durch das Parlament überstimmt werden (77, 78); der Präsident kann Verordnungen erlassen (80)/der Präsident hat Begnadigungsrecht (58)/er beschließt Gesetze zur Selbstverwaltung Alands (58)/er ist zusammen mit der Regierung für die Außenpolitik verantwortlich, jedoch nicht für Beschlüsse zur EU, und mit Billigung durch das Parlament (93); er beschließt Militärangelegenheiten unter Mitwirkung des Ministers (58); <i>Regierung</i>: Die Regierung vollzieht Beschlüsse des Präsidenten (65)/die Regierung hat das Recht zur Gesetzesinitiative (70); die Regierung und die Ministerien können Verordnungen erlassen (80)/sie legt den Entwurf zum Staatshaushalt dem Parlament vor (83)/sie ist für Beschlüsse zur EU und in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten für internationale Angelegenheiten zuständig und berichtet dem Parlament (44, 93, 97)/Regierungsmitglieder haben Rederecht im Parlament (48); <i>Parlament</i>: Das Parlament beschließt die Gesetze und die Staatsfinanzen (3); es kann das Grundgesetz ändern (83); es hat das Recht zur Gesetzesinitiative (70)/das Parlament kann der Regierung das Vertrauen entziehen und ihre Entlassung bewirken (64)/das Parlament billigt internationale Verträge und Verpflichtungen (93, 94, 95); es hat das Recht auf Unterrichtung in internationalen und europäischen Angelegenheiten und wirkt an der EU-Politik der Regierung mit (96, 97)</p>
Frankreich	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Präsident ernennt und entlässt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Minister (8); er ernennt Personen für zivile und militärische Staatsämter (13, 14)/er kann nach Beratung mit dem Premierminister und den Präsidenten der Kammern die Auflösung der Nationalversammlung verfügen; es folgen Neuwahlen zur Nationalversammlung (12)/er kann Gesetzentwürfe nach deren Verabschiedung zur erneuten Beratung an das Parlament zurückverweisen; er verkündet Gesetze (10); Verfügungen des Präsidenten bedürfen in der Regel der Gegenzeichnung des Premierministers oder des verantwortlichen Ministers (19)/er führt Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten und ratifiziert internationale Verträge (52); u. a. Friedens- und Handelsverträge, haushaltsrelevante Verträge und solche über die internationale Ordnung bedürfen der Zustimmung des Parlaments (53)/der Präsident kann eine Volksabstimmung durchführen lassen (11)/er wacht über die Einhaltung der Verfassung (5)/er führt den Vorsitz im Ministerrat (9); <i>Regierung</i>: Die Regierung bestimmt und leitet die Politik der Nation; sie verfügt über die Verwaltung und die Streitkräfte (20)/der Premierminister leitet die Regierungstätigkeit, sorgt für die Ausführung der Gesetze und nimmt die Ernennung zu den zivilen und militärischen Ämtern vor; er ist für die Landesverteidigung verantwortlich (20)/er hat in beiden Kammern Initiativrecht (39)/Regierungsmitglieder haben Rederecht in den Kammern (31); <i>Parlament</i>: Das</p>

	<p>Parlament beschließt Gesetze in genau definierten Bereichen (34); Parlamentsabgeordnete haben Initiativrecht (39); die Tagesordnung der Kammern enthält vorrangig die Gesetzentwürfe der Regierung in der von ihr gewünschten Reihenfolge (48); jeder Gesetzentwurf wird nacheinander in beiden Kammern mit dem Ziel beraten, zu einer übereinstimmenden Fassung zu gelangen; bei Uneinigkeit kann der Premierminister einen paritätisch besetzten Vermittlungsausschuss einberufen; bei Nichteinigung Nationalversammlung mit Entscheidungskompetenz (45)/das Parlament hat das Haushaltsrecht (34); der Haushalt wird zuerst in der Nationalversammlung beraten (39); Gesetzentwürfe von Parlamentariern dürfen nicht zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen führen (40)/Kriegserklärungen bedürfen der Ermächtigung durch das Parlament (35)/Möglichkeit zum Misstrauensvotum gegenüber der Regierung (49)</p>
Griechenland	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ernennt in der Regel den Vorsitzenden der Mehrheitspartei im Parlament zum Ministerpräsidenten, und er ernennt und entlässt auf dessen Vorschlag die Minister (37); er entlässt die Regierung auf Antrag oder wenn ihr vom Parlament das Vertrauen entzogen wurde (38); er ernennt und entlässt die Staatsbeamten (46)/er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben, falls zwei Regierungen zurückgetreten sind oder abgelehnt wurden sowie – auf Vorschlag der Regierung – zur „Bewältigung einer Frage von außerordentlicher nationaler Bedeutung“ (41); er kann die Parlamentstätigkeit während einer Sitzungsperiode einmal für die Dauer von höchstens 30 Tagen aussetzen (40)/der Präsident kann Gesetzentwürfe nach deren Verabschiedung zur erneuten Beratung an das Parlament zurückverweisen; er verkündet die Gesetze (42) und erlässt die zum Vollzug notwendigen Verordnungen (43); ein Akt des Präsidenten bedarf der ministeriellen Gegenzeichnung; davon ausgenommen u. a.: Ernennung des Ministerpräsidenten, Auflösung des Parlaments, Rückverweisung von Gesetzentwürfen (35)/der Präsident vertritt den Staat völkerrechtlich, er schließt Verträge mit auswärtigen Staaten und erklärt den Krieg; er teilt diese Entschlüsse dem Parlament mit; sie bedürfen der Zustimmung des Parlaments (36)/er kann Volksentscheide anberaumen (44); <i>Regierung:</i> „Die Regierung bestimmt und leitet die allgemeine Politik des Landes“/sie hat Initiativrecht (73)/der Ministerpräsident leitet die Regierungstätigkeit (82)/Minister haben Rederecht im Parlament; <i>Parlament:</i> Initiativrecht (73)/das Parlament hat Haushaltsrecht (72); der Haushaltsplan wird nach Ausschussberatung vom Finanzminister ins Plenum eingebracht (79); die Parlamentarier können keine Entwürfe einbringen, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen führen (73)/das Parlament hat Untersuchungsrecht (68)/Misstrauensvotum möglich (84)/das Parlament (inklusive Ausschüsse) kann die Anwesenheit von Ministern verlangen (66).</p>
Irland	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ernennt den Premierminister auf Vorschlag des Repräsentantenhauses; er ernennt Minister auf Vorschlag des Premierministers und nach Zustimmung des Repräsentantenhauses; er entlässt Minister auf Vorschlag des Premierministers (13)/das Repräsentantenhaus wird vom Präsidenten auf Anraten des Premierministers einberufen und aufgelöst; der Präsident muss nicht auflösen, wenn der Premierminister keine Mehrheit mehr hat; er kann nach Rücksprache mit dem Staatsrat jederzeit eine Sitzung der Kammern einberufen (13)/er zeichnet Gesetzentwürfe gegen und verkündet sie (13); er kann einen von beiden Kammern verabschiedeten Gesetzentwurf (außer Finanzgesetze) zur Prüfung der Vereinbarkeit mit der Verfassung am Obersten Gerichtshof weiterleiten (26)/der Präsident darf seine Aufgaben und Befugnisse „einzig auf den Rat der Regierung hin wahrnehmen und vollziehen, es sei denn, dass diese Verfassung vorsieht, dass er nach freiem Ermessen“ tätig wird (13); <i>Regierung:</i> Die Regierung legt dem Repräsentantenhaus jährlich einen Haushaltsentwurf vor (28)/die Regierungsmitglieder haben Rederecht in beiden Kammern (28)/der Premierminister berät mit dem Präsidenten die Auflösung des Parlaments (13); <i>Parlament:</i> Gesetzentwürfe können in beiden Kammern eingebracht werden; sie müssen in beiden Kammern beraten werden; die abschließende Abstimmung erfolgt im Repräsentantenhaus (20)/Finanzgesetze werden nur im Repräsentantenhaus beraten (21); es erörtert den Haushaltsplan (16) und darf Entscheidungen über die Verwendung von Staatsgeldern nur auf Empfehlung der Regierung treffen (17)/internationale Abkommen müssen dem Repräsentantenhaus vorgelegt werden (29)</p>

Italien	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ernennt den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die Minister (92)/er kann beide Kammern nach Anhörung ihrer Präsidenten auflösen (88)/er kann Gesetzentwürfe nach deren Verabschiedung zur erneuten Beratung an das Parlament zurückverweisen; bei erneuter Annahme muss er sie als Gesetz verkünden (74); er verkündet Gesetze und erlässt Verordnungen (87); Verfügungen des Präsidenten bedürfen der ministeriellen Gegenzeichnung (89)/er ruft in bestimmten Fällen zum Volksentscheid auf (87); <i>Regierung:</i> Die Regierung hat Initiativrecht (71)/sie legt den Kammern jährlich einen Haushaltsplan vor (81)/Regierungsmitglieder haben Rederecht in beiden Kammern (64); <i>Parlament:</i> Jedes Parlamentsmitglied hat Initiativrecht (71)/die Kammern entscheiden über den von der Regierung vorgelegten Haushaltsplan (81)/jede Kammer hat Untersuchungsrecht (82)/beide Kammern können die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern verlangen (64)</p>
Lettland	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Staatspräsident ernennt den Ministerpräsidenten (56)/er kann die Auflösung des Parlaments durch Volksabstimmung beantragen (48), er kann eine Sitzung des Parlaments verlangen (20)/er kann Gesetzesanträge stellen (47); er kann vom Parlament die erneute Beratung eines Gesetzes fordern oder ein Gesetz aussetzen (71, 72); der Staatspräsident verkündet die angenommenen Gesetze (70)/er vertritt den Staat völkerrechtlich; er befiehlt die Streitkräfte, erklärt den Krieg nach Beschluss des Parlaments (41–44)/er hat Begnadigungsrecht (45); <i>Regierung:</i> Die Regierung kann Gesetzesvorlagen ins Parlament einbringen (65)/sie bringt jährlich einen Haushaltsentwurf ins Parlament ein; sie muss nach Ende des Jahres dem Parlament „Abrechnungen über die Erfüllung des Haushaltsplanes zur Bestätigung einbringen“ (66)/Regierungsmitglieder haben Rederecht im Parlament (63)/der Ministerpräsident kann eine Sitzung des Parlaments verlangen (20); <i>Parlament:</i> Das Parlament beschließt die Gesetze mit absoluter Stimmenmehrheit (24, 64); es kann die Verfassung ändern (s. o.)/Parlamentsausschüsse oder mindestens fünf einzelne Abgeordnete haben Initiativrecht (65)/Mindestens 1/3 der Abgeordneten können die Aussetzung eines Gesetzes vor der Veröffentlichung beantragen (72)/das Parlament beschließt den Haushaltsplan (66)/es beschließt über die Größe der Streitkräfte und teilweise über völkerrechtliche Verträge (67, 68)/das Parlament hat Interpellationsrecht (27)</p>
Litauen	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ernennt und entlässt die Regierungsmitglieder (84)/er kann das Parlament auflösen (58, 84)/er kann eine Sitzung des Parlaments beantragen (84)/er kann Gesetzesanträge stellen (68) und Dekrete erlassen, die vom Premier unterzeichnet werden müssen (85); er hat aufschiebendes Veto (71); der Präsident verkündet die angenommenen Gesetze (70)/er repräsentiert die Republik, entscheidet in außenpolitischen Fragen und beschließt im Kriegsfall, unterzeichnet vom Parlament ratifizierte internationale Verträge (77, 84, 142)/er führt die Ernennung in zahlreiche militärische und zivile Ämter durch (84)/er hat Begnadigungsrecht (84); <i>Regierung:</i> Sie kann Gesetzesanträge ins Parlament einbringen (68, 94)/sie verwaltet die Staatsangelegenheiten und führt Gesetze und Dekrete aus (94)/sie legt dem Parlament einen Haushaltsplan zur Abstimmung vor und führt ihn aus (94, 130)/sie unterhält diplomatische Beziehungen (94); <i>Parlament:</i> Das Parlament beschließt Gesetze, Verfassungsänderungen, Volksentscheide (67), Abgeordnete haben Initiativrecht (68)/das Parlament beschließt u. a. Steuern und den Haushaltsplan (67, 131)/es ernennt in zahlreiche Ämter, kann u. a. den Präsidenten des Amtes entheben und der Regierung das Misstrauen aussprechen (67, 86)/es beschließt über völkerrechtliche Verträge und mit dem Präsidenten über Kriegsfragen (67, 142)/das Parlament hat Interpellationsrecht, kann Untersuchungen anordnen und von der Regierung Rechenschaft verlangen (61, 101)</p>
Luxemburg	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Großherzog ernennt und entlässt die Regierungsmitglieder (77); er regelt die Organisation seiner Regierung (76); er ernennt zu den Zivil- und Militärämtern (35)/er kann das Parlament zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, es auflösen und innerhalb von drei Monaten Neuwahlen ausschreiben (72, 74)/der Großherzog billigt und verkündet die Gesetze (34) und erlässt die zu ihrer Ausführung erforderlichen Verordnungen (36); die Verfügungen des Großherzogs müssen von einem verantwortlichen Mitglied der Regierung gegengezeichnet werden (45); er kann dem Parlament Gesetzentwürfe unterbreiten (47)/der Großherzog schließt Verträge; sie bedürfen der Zustimmung des Parla-</p>

	ments; er befiehlt die Streitkräfte, erklärt den Krieg und den Frieden; es bedarf dadurch der Ermächtigung durch die Kammer (37); <i>Regierung</i> : Regierungsmitglieder haben Rederecht im Parlament (80); <i>Parlament</i> : Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung der Abgeordnetenversammlung (46); das Parlament kann dem Großherzog Gesetzentwürfe vorschlagen (47)/das Parlament hat das Haushaltsrecht (104)/es hat Untersuchungsrecht (64)/es kann Regierungsmitglieder anklagen (82, 116)/das Parlament kann die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern verlangen (80); Staatsrat nimmt bei Aufforderung Stellung zu Gesetzentwürfen (83a)
Malta	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der Präsident ernennt und entlässt den Premierminister und die übrigen Minister (79, 81)/er kann in Absprache mit dem Premier das Parlament auflösen (76)/er ernennt den Oppositionsführer (85, 90)/er hat Begnadigungsrecht (93)/weitere Funktionen in Abstimmung mit dem Kabinett, das den Präsidenten informiert (85, 87); <i>Regierung</i> : Das Kabinett ist für die Richtung und Kontrolle der Regierungsgeschäfte in Malta verantwortlich (79)/es hat Initiativrecht und entwickelt den Haushaltsplan (103)/der Premierminister kann die Auflösung des Parlaments verlangen, er hat nach Abstimmung mit dem Präsidenten viele Kompetenzen, u. a. ernennt er in zahlreiche Ämter, führt die Außenpolitik (86, 88, 91, 92, 96, 111)/er informiert den Präsidenten über die Regierungspolitik (87); <i>Parlament</i> : Das Parlament hat Initiativrecht, verabschiedet die Gesetze und ändert die Verfassung, es kann Anfragen an die Regierung richten (65, 66, 72)/es beschließt den Haushalt (103)/es wählt den Präsidenten und kann durch Misstrauensvotum für die Entlassung der Regierung sorgen (48, 81)
Niederlande	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der König ernennt und entlässt den Ministerpräsidenten und die übrigen Minister (43)/durch königlichen Erlass können beide Kammern aufgelöst werden; es folgen Neuwahlen innerhalb von drei Monaten (64)/er unterzeichnet die Gesetze (47); er hat das Initiativrecht (82); königliche Erlasse bedürfen der ministeriellen Gegenzeichnung (47)/der König schließt Verträge, die in der Regel der Zustimmung des Parlaments bedürfen (91); <i>Regierung</i> : Der Ministerrat berät und beschließt über die allgemeine Regierungspolitik (45)/Minister können an den Beratungen im Parlament teilnehmen (69)/Oberbefehl über die Streitkräfte (97)/Parlament: Mitglieder der zweiten Kammer haben Initiativrecht (82); sie benennen den Nationalen Ombudsmann (78a); die zweite Kammer berät in der Regel zuerst über vom König eingebrachte Gesetzentwürfe (83); von der zweiten Kammer beschlossene Vorlagen werden zur Beratung und Beschlussfassung an die erste Kammer weitergeleitet (85)/Kriegserklärung nur mit Zustimmung des Parlaments (96)/das Parlament hat das Haushaltsrecht (105)/beide Kammern haben Untersuchungsrecht (70)/das Parlament kann Auskunft und Anwesenheit von Ministern verlangen (68, 69)
Österreich	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der Bundespräsident vertritt die Republik nach außen und schließt Staatsverträge ab (65)/er ernennt u. a. Bundesbeamte, verleiht Berufstitel und hat Begnadigungsrecht (65)/er kann an Bundes- und Landesregierungen Aufgaben übertragen (66)/Ermächtigung zur vorläufigen Gesetzesänderung in Notsituationen sofern der Nationalrat nicht zusammentreten kann (18.3)/er kann den Nationalrat und die Bundesversammlung einberufen (28, 39)/Ernennung der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofs und des Verfassungsgerichtshofs auf Vorschlag der Bundesregierung (134, 147)/Auflösung eines Landtages nach Zustimmung des Bundesrates (100)/Anordnung einer Volksabstimmung (46.3)/er führt den Oberbefehl über das Bundesheer (80.1); <i>Regierung</i> : Gegenzeichnung der Beschlüsse der Bundesversammlung durch den Bundeskanzler (40)/Teilnahmerecht der Regierungsmitglieder an allen Verhandlungen des Nationalrates, des Bundesrates und der Bundesversammlung (75)/Verantwortlichkeit gegenüber dem Nationalrat (76); <i>Parlament</i> : Der Nationalrat verabschiedet von ihm selbst, vom Bundesrat, der Bundesregierung oder 100.000 Stimmberechtigten vorgeschlagene Gesetzesvorlagen (41) und leitet sie dann zur Bestätigung an den Bundesrat weiter (42)/politische Staatsverträge dürfen nur mit Genehmigung des Nationalrates abgeschlossen werden; die zusätzliche Zustimmung des Bundesrates ist nötig, sofern sie Angelegenheiten der Länder regeln (50.1)/der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz (51)/Kontrollrecht über Bundesregierung (52)/er kann durch Misstrauensvotum für die Entlassung der Regierung sorgen (74)/Nationalrat und Bundesrat bilden die Bundesversammlung zur Angelobung des Bundespräsidenten und zum Beschluss über eine Kriegserklärung (38)

Polen	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> „Der Präsident wacht über die Einhaltung der Verfassung, hütet die Souveränität und die Sicherheit des Staates sowie Integrität und Unteilbarkeit dessen Staatsgebiets“ (126.2)/er ordnet Wahlen für Sejm und Senat an (98.2)/er ernennt den Vorsitzenden des Ministerrates (154.1) und ändert die Besetzung des Ministerrates (161)/Unterzeichnung oder Zurückweisung von Gesetzen, Anordnung einer Gesetzesprüfung (122)/er hat Initiativrecht (118), erlässt Verordnungen und Amtsakte (142, 144)/er kann in bestimmten Fällen die Amtszeit des Sejm und Senats verkürzen (98.4)/er ist Vertreter des Staates in äußeren Beziehungen, Ratifizierung und Kündigung völkerrechtlicher Verträge; Ernennung von Vertretern der Republik Polen (133)/der Präsident ist oberster Vorgesetzter der Streitkräfte, ernennt im Kriegsfall deren Obersten Befehlshaber (134)/Begnadigungsrecht (139)/Einberufung des Kabinettsrates (Ministerrat und Präsident) (141); <i>Regierung:</i> Der Ministerrat leitet die Innen- und Außenpolitik der Republik Polen und die Regierungsverwaltung und ist in bestimmten Fällen zuständig für die Staatspolitik (146), er ist dem Sejm verantwortlich (157)/er hat insbesondere die Aufgaben der Gewährleistung der Gesetze sowie der inneren und äußeren Sicherheit/er erlässt Rechtsverordnungen, koordiniert und kontrolliert die Organe der Regierungsverwaltung, die Angelegenheiten des Staatshaushaltes, er unterhält Beziehungen zu anderen Staaten, schließt völkerrechtliche Verträge ab (146)/er hat Initiativrecht (118), kann Gesetzesvorschläge als dringend bezeichnen (123) und Verordnungen erlassen (149)/Haushaltsrecht (221, 222)/Kontrolle des Ministerrates durch den Sejm (95.2); <i>Parlament:</i> In bestimmten Fällen bilden Sejm und Senat die Nationalversammlung (114)/Interpellationsrecht (115)/Entscheidung über Kriegszustand und Friedensabschlüsse (116)/Initiativrecht (118)/Sejm: Misstrauensvotum gegenüber der Regierung möglich (158, 159)/Beschließung des Staatshaushaltes (219), Erörterung einer Gesetzesvorlage in drei Lesungen (119), Verabschiedung von Gesetzen und Beschlüssen mit einfacher Stimmenmehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten (120), dann Weiterleitung des Gesetzes an den Senat, der innerhalb von 30 Tagen zustimmen, ablehnen oder das Gesetz verändern muss (121)</p>
Portugal	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ernennt nach Anhörung der im Parlament vertretenen Parteien den Ministerpräsidenten; er ernennt und entlässt auf dessen Vorschlag die Minister (187)/er kann außerordentliche Sitzungen des Parlaments einberufen und es nach Anhörung der in ihm vertretenen Parteien in einem bestimmten Zeitraum auflösen (133)/er kann Gesetzentwürfe nach deren Verabschiedung zur erneuten Beratung an das Parlament zurückverweisen; dieses kann das Veto in der Regel mit absoluter Mehrheit überstimmen (136); der Präsident kann beim Verfassungsgericht die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen beantragen (134); er unterzeichnet und verkündet die Gesetze (134, 137); Verfügungen des Präsidenten bedürfen in der Regel der Gegenzeichnung durch die Regierung (140)/er ratifiziert völkerrechtliche Verträge nach deren Verabschiedung im Parlament und erklärt auf Vorschlag der Regierung den Krieg oder den Frieden (135)/er garantiert u. a. das ordnungsmäßige Arbeiten der demokratischen Institutionen und die Einheit des Staates (120); er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (134); <i>Regierung:</i> Die Regierung lenkt die allgemeine Politik und ist das oberste Organ der öffentlichen Verwaltung, sie sorgt für die Ausführung der Gesetze; sie erlässt Pläne zur Entwicklung des Landes und sorgt für ihre Durchführung nach Billigung durch das Parlament (182, 199); der Ministerpräsident lenkt die allgemeine Regierungspolitik (201)/die Regierung hat das Initiativrecht (197)/sie erlässt Dekrete in Bereichen, für die nicht das Parlament zuständig ist (198)/sie bringt den Haushaltsplan im Parlament ein und sorgt für seine Ausführung (161)/sie handelt internationale Verträge aus (197)/die Minister haben Rederecht im Parlament (177); <i>Parlament:</i> Das Parlament verabschiedet, sofern die Verfassung nichts anderes vorsieht, die Gesetze; Unterteilung in ausschließliche und relative Gesetzgebungskompetenz (161, 164, 165)/die Abgeordneten und Fraktionen haben Initiativrecht (167)/das Parlament verabschiedet den Haushaltsplan (161); die Abgeordneten und Fraktionen dürfen keine Anträge einbringen, die im laufenden Haushaltsjahr zu einer Ausgabenerhöhung oder Einnahmenminderung führen (170)/das Parlament beschließt das Regierungsprogramm (163)/es hat Untersuchungsrecht und Überwachungskompetenz (156, 162)/es kann die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern verlangen (177)</p>

Rumänien	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident repräsentiert den Staat, hütet die Verfassung und hat eine Vermittlerrolle (80)/er ernennt den Premierminister und die Regierung nach Zustimmung des Parlaments, er entlässt die Minister auf Vorschlag des Premierministers (84, 85)/er berät mit der Regierung in wichtigen Fragen und nimmt in bestimmten Fällen an den Kabinettsitzungen teil (86, 87)/er kann Botschaften an das Parlament richten und nach Beratung mit dem Parlament ein Referendum ausrufen, er kann das Parlament bei gescheiterter Regierungsbildung auflösen (88-90)/der Präsident ist für den Abschluss internationaler Verträge zuständig, er ist Oberbefehlshaber der Armee (91, 92)/er hat Begnadigungsrecht und ernennt in zahlreiche öffentliche Ämter (94); <i>Regierung:</i> Sie führt die Innen- und Außenpolitik des Landes aus und leitet die Verwaltung (102)/sie hat Initiativrecht (74)/der Premierminister leitet und koordiniert die Regierungsaufgaben und schlägt die Ernennung und Entlassung der Minister vor; er kann Vorlagen in die Kammern einbringen, die vorrangig debattiert werden müssen (85, 107)/die Regierung sorgt für die Ausführung der Gesetze und erlässt Verordnungen, sie handelt internationale Verträge aus (91, 108, 115)/die Regierung arbeitet den Staatshaushalt und das Budget für die staatlichen Sozialversicherungen aus (138)/Regierungsmitglieder können an Parlamentssitzungen teilnehmen (111); <i>Parlament:</i> Das Parlament beschließt Gesetze (73), die Abgeordneten der beiden Kammern haben Initiativrecht (74); Gesetze werden in die erste Kammer eingebracht; Reihenfolge der Kammern hängt von der Art der Gesetze ab; Annahme der Gesetze bei Zustimmung beider Kammern oder in der Regel nach Überstimmung durch die erste Kammer, Ausnahmen, z. B. bei Gesetzen zur Verfassungsänderung (75, 151)/die Regierung ist verpflichtet, das Parlament zu informieren; Interpellationsrecht (111, 112)/das Parlament kann durch Misstrauensvotum für die Enthebung der Regierung sorgen (194, 195)/das Parlament ratifiziert internationale Verträge (91), es beschließt den Haushalt (138)/Kriegserklärungen bedürfen der Ermächtigung durch das Parlament (92)</p>
Schweden	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der König wird vom Ministerpräsidenten über die Angelegenheiten des Landes informiert (5.1); repräsentative und zeremonielle Aufgaben; <i>Regierung:</i> Sie regiert das Land (1.6)/sie kann nach gesetzlicher Ermächtigung Verordnungen in Bereichen (ausgenommen Steuerbereich) erlassen, für die nicht das Parlament zuständig ist (8.7–8.10)/sie bringt die Haushaltsvorlage ins Parlament ein (9.2)/sie ist zuständig für internationale Angelegenheiten und Währungspolitik (9.12, 10.1); sie informiert das Parlament über EU-Angelegenheiten (10.6)/sie hat Begnadigungsrecht (11.13)/sie kann außerordentliche Parlamentswahlen ausschreiben (3.4)/Regierungsmitglieder haben Initiativrecht (4.3)/die Minister haben Rederecht im Parlament (4.4)/der Ministerpräsident oder ein Regierungsmitglied unterzeichnet Gesetze, Verträge und Verordnungen (7.7); <i>Parlament:</i> Das Parlament verabschiedet die Gesetze, beschließt die Steuern und den Haushalt (1.4, 8.7, 9.2)/Parlamentsmitglieder haben Initiativrecht (4.3)/das Parlament kann auf Antrag von mindestens zehn Prozent der Abgeordneten einem Regierungsmitglied das Misstrauen aussprechen (6.5, 12.4)/es hat über den Verfassungsausschuss Untersuchungsrecht (12.1)/es kann die Auskunft von Regierungsmitgliedern verlangen (12.5)/Bestimmung eines Organs zur Beratung von EU-Angelegenheiten mit der Regierung (10.6)</p>
Slowakische Republik	<p><i>Staatsoberhaupt:</i> Der Präsident ist für die Ernennung und Abberufung von Ministerpräsident und Regierungsmitgliedern zuständig (102, 115, 116)/er beruft die konstituierende Sitzung des Nationalrates ein und kann ihn auflösen (102)/er unterzeichnet Gesetze und hat ein aufschiebendes Veto, er kann an Sitzungen des Nationalrates teilnehmen, er kann ein Referendum anberaumen und das Verfassungsgericht anrufen (87, 102)/er führt die Ernennung in zahlreiche militärische und zivile Ämter durch (102)/er hat Begnadigungsrecht (102)/der Präsident vertritt das Land nach außen, ratifiziert internationale Verträge und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (102); <i>Regierung:</i> Die Regierung ist das oberste Organ der vollziehenden Gewalt (108), zur Durchführung von Gesetzen kann sie Verordnungen erlassen (120)/sie hat Initiativrecht (87)/sie entscheidet über Gesetzesvorlagen, Entwürfe des Staatshaushaltsplans, internationale Verträge, über die Vorlage einer Frage an das Verfassungsgericht, über Vorschläge die Streitkräfte und den Kriegszustand betreffend, über Amnestie bei Übertretungen (119)/der Ministerpräsident unterzeichnet Entscheidungen des Präsidenten und Verordnungen</p>

	(102, 120); <i>Parlament</i> : Es beschließt über die Verfassung, Verfassungsgesetze und die sonstigen Gesetze, über die internationalen Verträge; das Parlament entscheidet auch über Kriegserklärung und Militäreinsätze und über Anträge auf Verkündung eines Referendums (86)/es kontrolliert die Regierung und genehmigt den Staatshaushalt (86)/es kann ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten beschließen (106)/Parlamentsabgeordnete haben Initiativrecht (87)/das Parlament kann der Regierung auf Verlangen von mindestens 3/5 der Abgeordneten ein Misstrauensvotum stellen (88)/Interpellationsrecht (80)/der Nationalrat kann die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern verlangen (85)
Slowenien	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der Präsident ernennt Staatsbeamte, bestellt und entlässt Botschafter und Gesandte (108)/er ratifiziert Verträge, entscheidet über Begnadigungen und verleiht Orden und Ehrentitel (108)/im Kriegs- oder Ausnahmezustand kann er auf Antrag der Regierung Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen (108)/er schreibt die Wahlen zur Staatsversammlung aus (81, 107)/Verkündung von Gesetzen spätestens acht Tage nach ihrer Verabschiedung (91, 107)/der Präsident vertritt die Republik Slowenien und ist Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte (102); <i>Regierung</i> : Anzahl, Organisation und Arbeitsweise der Ministerien durch Gesetz geregelt (114)/Initiativrecht (88); <i>Parlament</i> : Die Staatsversammlung verabschiedet Gesetze, fasst andere Beschlüsse und ratifiziert völkerrechtliche Verträge (86)/Gesetzesbeschluss in mehrstufigem Verfahren (90)/Gesetzesanträge können von der Regierung, von Abgeordneten oder von mindestens 5.000 Wählern eingebracht werden (88)/Interpellationsrecht über die Tätigkeit der Regierung (118)/Möglichkeit der Ministeranklage (119) und des Misstrauensvotums durch Staatsversammlung (116)/die Staatsversammlung entscheidet auf Vorschlag der Regierung über die Ausrufung des Kriegs- oder Ausnahmezustandes und über den Einsatz der Streitkräfte (92)/der Staatsrat kann Gesetzesanträge in die Staatsversammlung einbringen, Stellungnahmen abgeben, nochmalige Abstimmung eines Gesetzes verlangen, ein Referendum beantragen und Untersuchungen verlangen (97)
Spanien	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der König schlägt den Ministerpräsidenten vor, ernennt und entlässt ihn; er ernennt und entlässt die Regierungsmitglieder auf Vorschlag des Ministerpräsidenten; er vergibt die zivilen und militärischen Ämter (62)/er beruft die Kammern ein und löst sie auf (62)/er billigt und verkündet die Gesetze (62); Verfügungen des Königs bedürfen der Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten oder den zuständigen Minister (64)/der König vertritt Spanien in den internationalen Beziehungen (56); Verträge und Abkommen müssen dem Parlament vorgelegt werden (94)/der König wacht über das Funktionieren der Institutionen (56); er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte (62)/er kann Volksabstimmungen festsetzen (62); <i>Regierung</i> : Die Regierung leitet die Innen- und Außenpolitik und ist das höchste Organ der öffentlichen Verwaltung (97); der Ministerpräsident leitet die Tätigkeit der Regierung (98), er kann die Parlamentsauflösung vorschlagen (115)/die Regierung hat Initiativrecht und Verordnungsgewalt (87, 97)/sie stellt den Haushaltsplan auf (134)/Minister haben Rederecht im Parlament (110); <i>Parlament</i> : Die Kammern kontrollieren die Tätigkeit der Regierung und üben die gesetzgebende Gewalt aus (66); beide Kammern haben Initiativrecht (87); Gesetzentwürfe werden in der Regel zunächst im Kongress behandelt und nach der Beschlussfassung im Senat weitergeleitet; der Senat kann mit absoluter Mehrheit sein Veto gegen einen Gesetzentwurf einlegen, dann muss der Kongress erneut beschließen (90)/die Kammern bewilligen den Staatshaushalt (66); Gesetze, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmемinderungen führen, bedürfen der Zustimmung der Regierung (134)/Kammern haben Untersuchungsrecht (76)/Misstrauensvotum gegenüber Regierung (113, 114)/das Parlament kann die Anwesenheit von Ministern verlangen (110)
Tschechische Republik	<i>Staatsoberhaupt</i> : Der Präsident ernennt und entlässt Ministerpräsident und Regierungsmitglieder (62)/er kann Sitzungen des Abgeordnetenhauses einberufen und dieses auflösen (62)/er unterzeichnet Gesetze und hat ein aufschiebendes Veto (50, 62)/der Präsident hat das Recht zur Teilnahme an Sitzungen beider Parlamentskammern und der Regierung (64)/er führt die Ernennung in zahlreiche militärische und zivile Ämter durch (62, 63)/er hat Begnadigungsrecht (62)/der Präsident vertritt das Land nach außen, ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte und vereinbart und ratifiziert internationale Abkommen gegebenenfalls nach Zu-

	<p>stimmung durch das Parlament (63); <i>Regierung</i>: Die Regierung ist das oberste Organ der vollziehenden Gewalt (67), zur Ausführung von Gesetzen kann sie Verordnungen erlassen (78)/sie hat Initiativrecht im Abgeordnetenhaus (41), sie kann zu allen Vorlagen Stellung nehmen und eine Vorlage mit einem Vertrauensvotumsantrag verbinden (44)/sie bringt die Haushaltsvorlage und die Bilanz ins Abgeordnetenhaus ein (42)/sie informiert das Parlament über internationale Verpflichtungen (10b)/die Regierungsmitglieder haben Rederecht im Parlament (38)/der Ministerpräsident unterzeichnet verabschiedete Gesetze (51); <i>Parlament</i>: Zunächst das Abgeordnetenhaus, dann der Senat beschließen die Gesetzesvorlagen; das Abgeordnetenhaus kann eine Ablehnung des Senats mit absoluter Mehrheit überstimmen (46, 47); die Zustimmung beider Kammern ist aber erforderlich u. a. bei Ratifizierung von politischen Verträgen, Abstimmung über Verfassungsgesetze, Wahlgesetze (40, 49, siehe oben)/das Parlament entscheidet auch über Kriegserklärung und Militäreinsätze (43)/Parlamentsabgeordnete haben Initiativrecht (41)/das Parlament wählt den Präsidenten; es kann der Regierung ein Misstrauensvotum stellen (58, 72)/Interpellationsrecht (53)/das Abgeordnetenhaus kann die Anwesenheit von Regierungsmitgliedern verlangen (38)</p>
Ungarn	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Präsident schlägt den Ministerpräsidenten vor und führt die Ernennung und Entlassung der Minister aus (33)/er kann das Parlament auflösen (28)/er kann an Sitzungen des Parlaments teilnehmen und Gesetzesvorschläge einbringen, er kann Volksabstimmungen anregen (30a)/er führt die Ernennung in zahlreiche zivile Ämter durch (30a)/er hat Begnadigungsrecht (30a)/der Präsident vertritt das Land nach außen, ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte und schließt internationale Verträge ab, gegebenenfalls nach Zustimmung durch das Parlament (29, 30a); <i>Regierung</i>: Sie sichert die Durchführung der Gesetze, sie kann in ihrem Aufgabenbereich Verordnungen erlassen (35, 37)/die Regierung gestaltet die Sicherheitspolitik, den Haushalt, die Gesundheits- und Sozialversorgung und wirkt bei der Gestaltung der Außenpolitik mit (35)/sie hat Initiativrecht bei Referenden (28c)/die Regierung kann die Vertrauensfrage stellen und eine eingebrachte Vorlage damit verknüpfen (39a)/die Regierungsmitglieder haben Teilnahme- und Rederecht im Parlament (39); <i>Parlament</i>: Es erlässt Gesetze, kann die Verfassung ändern, beschließt den sozioökonomischen Plan und den Staatshaushalt, entscheidet über das Regierungsprogramm (19)/es entscheidet auch über Kriegserklärung und Militäreinsätze (19)/das Parlament kann eine Volksabstimmung initiieren und anordnen (28c)/es wählt den Präsidenten und kann der Regierung ein Misstrauensvotum stellen (19, 29a, 39a)/es hat ein Recht auf Auskunft der Regierungsmitglieder (39)</p>
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Keine Regelung; <i>Regierung</i>: Keine Regelung; <i>Parlament</i>: u. a. Gesetzgebung, v. a. Finanzgesetzgebung (Regeln dazu in den Parlamentsgesetzen)</p>
Zypern	<p><i>Staatsoberhaupt</i>: Der Präsident ernennt die Minister zusammen mit dem Vizepräsidenten und steht zusammen mit dem Vizepräsidenten dem Ministerrat vor, er beruft den Ministerrat ein (46, 55)/gemeinsam mit dem Vizepräsidenten oder jeder der beiden (nicht gesondert aufgeführt; Posten wird durch türkisch-zypriotische Volksgruppe nicht besetzt) destruktives Vetorecht im Bereich Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik; suspensives Vetorecht, Begnadigungsrecht (47–53)/Einberufung einer Parlamentssitzung, Botschaften an das Repräsentantenhaus (74, 79); <i>Regierung</i>: Der Ministerrat führt die Exekutivkompetenzen von Präsident und Vizepräsident aus (54)/er koordiniert und kontrolliert die Verwaltung (54)/die Regierung gestaltet den Haushalt und hat kollektiv oder durch einzelne Minister Initiativrecht und kann zur Durchführung der Gesetze Verordnungen erlassen (54, 58, 80); <i>Parlament</i>: Es hat Initiativrecht, erlässt die Gesetze und beschließt den Haushalt (78, 80, 81, 82)/es kann sich selbst auflösen (67, siehe oben)/für Volksgruppenkammern siehe subnationale Einheiten</p>

Bund – Länder – Regionen – Gemeinden

	<i>Gliederung des Staates</i>	<i>Kompetenzverteilung zwischen Zentralstaat und subnationalen Einheiten</i>
Belgien	Föderalstaat (1)/Belgien ist u. a. in drei Gemeinschaften (deutschsprachig, flämisch, französisch) und drei Regionen (flämische, wallonische, Brüssel) eingeteilt (1, 3, 107)	Gemeinschaftsparlamente entscheidungsbefugt bei kulturellen Angelegenheiten, Unterrichtswesen, Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften, Regelungen zur Amtssprache (127–130)/den Organen der Regionen werden per Gesetz Zuständigkeiten übertragen (39)/Gemeinschaft und Region haben eingeschränkte Steuerhoheit (173)
Bulgarien	„Einheitsstaat mit örtlicher Selbstverwaltung, in dem keine autonomen territorialen Gebilde zulässig sind“ (2)	Gliederung des Landes in Gebiete und Gemeinden (135); Gemeinden als „administrativ-territoriale Grundeinheit der örtlichen Selbstverwaltung“ mit Beteiligung der Bürger (136); Gebiete als administrativ-territoriale Einheiten, in denen „regionale Politik durchgeführt, die staatliche Leitung am Ort verwirklicht und die Übereinstimmung zwischen nationalen und lokalen Interessen gewährleistet wird“ (142)
Dänemark	Keine Regelung	Keine Regelung
Deutschland	Bundesstaat (20)/die verfassungsmäßige Ordnung der Länder muss den Grundsätzen des Bundesstaates entsprechen (28)	Die Länder sind zuständig für die „Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben“, soweit das Grundgesetz keine anderen Regelungen trifft oder zulässt (30)/die Länder haben Gesetzgebungsrecht, sofern das Grundgesetz dieses Recht nicht an den Bund verleiht (70); der Bund hat ausschließliches Gesetzgebungsrecht u. a. über: Außen- und Verteidigungspolitik, Staatsangehörigkeit, Währungswesen, Einheit des Zoll- und Handelsgebietes, Postwesen und Telekommunikation, Luft- und Schienenverkehr, Verfassungsschutz, länderübergreifende Kriminalität, Waffenrecht, Kernenergienutzung, öffentlicher Dienst des Bundes (73)/konkurrierende Gesetzgebung (Gesetzgebungsbefugnis der Länder, wenn der Bund von seiner Befugnis nicht Gebrauch gemacht hat) u. a. bei: Straf-, Vereins-, Wirtschafts-, Arbeits- und bürgerlichem Recht, Sozialversicherung, Gerichtsverfassung, Aufenthalts- und Niederlassungsrecht für Ausländer, Lebensmittelrecht, Regelung von Ausbildungsbeihilfen und Förderung der Wissenschaft, Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung, Jagdwesen, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodenverteilung, Raumordnung, Grundsätze des Hochschulwesens (74)/Gemeinschaftsaufgaben: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Agrarstruktur und des Küstenschutzes, Forschungsförderung (91a, 91b)/Ausgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, Verteilung von Steuern über Finanzausgleich (104a, 104b, 105, 106, 107)/Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig (109)
Estland	„Estland ist seiner Staatsordnung nach ein Einheitsstaat, dessen territoriale Verwaltungseinteilung gesetzlich festgelegt ist“ (2)	Städte und Gemeinden als Einheiten der örtlichen Selbstverwaltung (155)
Finnland	Einheitsstaat mit kommunaler Selbstverwaltung	Åland mit eigenem Wahlkreis und Selbstverwaltungsgesetz, das nähere Bestimmungen enthält (25,

	(121); Sonderstatus der Provinz Åland (120)	120)
Frankreich	Das Land „ist dezentral organisiert“ (1)	„Die Gebietskörperschaften treffen die Entscheidungen bei allen Zuständigkeiten, die am besten auf ihrer Ebene wahrgenommen werden können“; finanzielle Autonomie und Solidarität der Gebietskörperschaften; Möglichkeit zur lokalen Demokratie per Volksentscheid (72)
Griechenland	„Die Staatsverwaltung ist nach dem Dekonzentrationsprinzip aufgebaut“ (101)	„Die regionalen Staatsorgane haben die allgemeine Zuständigkeit über die Angelegenheiten ihrer Region zu entscheiden. Die zentralen Staatsorgane haben neben ihren besonderen Zuständigkeiten die allgemeine Richtlinienkompetenz und sind für die Koordination und die Gesetzmäßigkeitskontrolle der Verwaltungsakte der regionalen Organe zuständig; das Nähere regelt ein Gesetz“ (101)
Irland	Keine Regelung	Keine Regelung
Italien	Die Republik ist u. a. in Regionen gegliedert (114, 131), die „Regionen sind autonome Körperschaften mit eigenen Statuten, Befugnissen und Aufgaben gemäß den in der Verfassung festgelegten Grundsätzen“ (114); einige Regionen haben Sonderstatus mit besonderen Formen der Autonomie (116)	Regionen haben eigene Organe: Regionalrat, Regionalausschuss, Präsident des Regionalausschusses (121)/die Regionen haben Gesetzgebungsrecht, sofern die Verfassung dieses Recht nicht dem Staat verleiht (117); der Staat hat ausschließliche Gesetzgebungskompetenz u. a. über: Außenpolitik, Beziehungen des Staates zur EU, Einwanderung, Verteidigung, Währung, Staatsorgane, soziale Vorsorge etc. (117)/konkurrierende Gesetzgebung u. a. bei internationalen Beziehungen und EU-Entscheidungen zur Region, Außenhandel, Schule, Beruf, Forschung, Raumordnung etc. (117)/Kompetenz für nicht genannte Bereiche bei der Region (117)/gleiche Aufteilung auch bei Verordnungsgewalt (117)/die Regionen besitzen Finanzautonomie; sie erheben eigene Steuern und sind an den Staatssteuern beteiligt (119); sie dürfen keine Zölle erheben (120)/Subsidiaritätsprinzip (118)
Lettland	Keine Regelung	Keine Regelung
Litauen	Einheitsstaat mit lokaler Selbstverwaltung (119)	Verwaltungsbezirke mit Aufgaben von der Regierung (119, 123); Gemeinden mit Verwaltungsaufgaben, eigenem Haushalt, Kompetenzen und gewählten Organen der Selbstregierung (119–122)
Luxemburg	Keine Regelung	Keine Regelung
Malta	Einheitsstaat mit lokaler Regierung (115A)	Lokale Gebiete werden verwaltet durch „Local Councils“, die von den Bewohnern des Gebiets gewählt werden (115A)
Niederlande	Provinzen können durch Gesetz aufgelöst und gebildet werden (123)	„Die Befugnis zur Regelung und Verwaltung des Haushaltes der Provinzen (...) wird deren Verwaltung überlassen“ (124)/an der Spitze der Provinzen stehen die unmittelbar vom Volk gewählten Provinzialparlamente (125, 129); sie erlassen Provinzialverordnungen (127)
Österreich	Bundesstaat (2.1) mit Landtagen und Landesregierungen (95, 101)/„Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien“ (2.2)/das Bundes-	Die Gesetzgebung der Länder wird von den Landtagen ausgeübt; gleiche unmittelbare und geheime Wahl der Mitglieder des Landtags (95)/Bundessache sind die Gesetzgebung und der Vollzug u. a. in folgenden Angelegenheiten: Bundesverfassung, Wahlen zum Nationalrat, Volksabstimmungen aufgrund der Bundesverfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Außenpolitik, Staatsverträge, Export, Zollwesen, Ein- und Auswanderungswesen, Bundesfinanzen, Bankwesen, Zivilrechtswesen, Strafrechtswesen, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Pressewesen,

	gebiet bildet ein einheitliches Währungs-, Wirtschafts- und Zollgebiet (4)	öffentliche Ordnung und Sicherheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen, Berg- und Forstwesen, Arbeitsrecht, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Ernährungswesen, Bundespolizei, militärische Angelegenheiten, Wahlen zum EU-Parlament (10, 102)/Bundessache ist die Gesetzgebung, Landssache der Vollzug u. a. in folgenden Angelegenheiten: Staatsbürgerschaft, Straßenpolizei, Binnenschifffahrt, (11)/Ausführungsgesetze u. a. Landessache in folgenden Angelegenheiten: Bevölkerungspolitik, Bodenreform, Arbeiterrecht (12), Schul- und Erziehungswesen (14)/Länder können in eigenen Angelegenheiten bestimmte Staatsverträge abschließen (16.1)/gemeinsame Aufgaben: gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht in der Haushaltsführung (13)/jedes Land gliedert sich in Gemeinden als selbständige Wirtschaftskörper (116)
Polen	Einheitsstaat (3)/Dezentralisierung der öffentlichen Gewalt (15.1)/grundlegende Einheit der örtlichen Selbstverwaltung ist die Gemeinde (164.1)/grundlegende territoriale Gliederung des Staates gesetzlich geregelt (15.2, 164.2)	„Die örtliche Selbstverwaltung erfüllt die öffentlichen Aufgaben, die nicht durch die Verfassung oder die Gesetze anderen Organen der öffentlichen Gewalt vorbehalten sind“ (163)/Ausführung der Aufgaben der Selbstverwaltung mittels eigener Organe, Näheres regelt das Gesetz (168)/Möglichkeit der örtlichen Selbstverwaltung und der lokalen Organe, Akte lokalen Rechts zu erlassen (94)/Gewährleistung eines Anteils an den öffentlichen Einnahmen, Selbstfinanzierung und Zuwendungen aus dem Staatshaushalt (167)/die örtlichen Selbstverwaltungseinheiten haben das Recht sich zusammenzuschließen oder sich internationalen, lokalen und regionalen Vereinigungen anzuschließen (172)
Portugal	Einheitsstaat, der den autonomen Status der Inselgruppen Azoren und Madeira, die Grundsätze der Subsidiarität, der örtlichen Selbstverwaltung und der Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung respektiert (6)	Die autonomen Regionen haben eigene Selbstverwaltungsorgane: Regionalversammlung und Regionalregierung (231)/die autonomen Regionen haben u. a. folgende Befugnisse: Gesetzgebungskompetenz für regionale Fragen nach jeweiligem Statut, Gesetzesinitiative, Ausübung eigener Exekutivgewalt, Steuerhoheit nach Maßgabe des Gesetzes, Verfügung über die erhaltenen oder verwalteten Einnahmen, Erstellung des regionalen Haushaltes und des regionalen Wirtschafts- und Sozialplans, Mitwirkung am europäischen Einigungsprozess (227)/gesetzliche Einrichtung von Verwaltungsregionen mit Regionalversammlung und regionalem Ausschuss (258, 260, 261)
Rumänien	Einheitsstaat (1); Verwaltungseinheiten und Prinzipien der Dezentralisierung, der lokalen Autonomie und der Dekonzentration (120)	Verwaltungsbezirke und Gemeinden mit Verwaltungsaufgaben und eigenen, gewählten Organen (121–122)
Schweden	Einheitsstaat mit kommunaler Selbstverwaltung (1.1)	Regionen, Provinziallandtagsgemeinden und Gemeinden mit Verwaltungsaufgaben/Gemeinden erheben eigene Steuern (1.7)
Slowakische Republik	Einheitsstaat mit Gebietsselbstverwaltung, bestehend aus der Gemeinde und einer übergeordneten Gebietseinheit (64)	Unabhängige Gebiets- und Verwaltungseinrichtungen der Republik, Art der Selbstverwaltung und Aufgaben gesetzlich geregelt (64a, 71)/Gebietsselbstverwaltung mit eigenen Vermögen, selbständigem Wirtschaften und staatlichen Mitteln (65); gewählte Organe (69)

Slowenien	„Territorial einheitlicher und unteilbarer Staat“ (4)	Gewährleistung der lokalen Selbstverwaltung (9)/Gemeinden als lokale Selbstverwaltungsgemeinschaften (138) mit eigenen Organen (140), eigener Finanzierung (142) und staatlichen Mitteln (140); Wirkungsbereich: lokale Angelegenheiten (140)/Gemeinden dürfen sich zu überlokalen Selbstverwaltungsgemeinschaften zusammenschließen (143)
Spanien	Einheitsstaat; Anerkennung des Rechtes auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen (2); Gliederung des Staatsgebietes u. a. in Autonome Gemeinschaften aus Provinzen (137)	Die Autonomen Gemeinschaften sind u. a. zuständig für: Raumordnung, Städte- und Wohnungsbau, Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Kultur, Sozialfürsorge, Gesundheit (148)/ausschließliche staatliche Zuständigkeit: Staatsangehörigkeit, internationale Beziehungen, Verteidigung, Justiz, Handels-, Straf-, Prozess-, Zivil-, Asyl-, Beamten- und Arbeitsrecht, Außenhandel, Zollwesen, Staatshaushalt, Währungswesen, Forschung, allgemeine Wirtschaftsplanung, Staatseisenbahnen und -straßen, Rechtsgrundlagen für den Umweltschutz und das Energiewesen, grundlegende Medienfragen (149); die Kammern können staatliche Befugnisse an die Autonomen Gemeinschaften übertragen (159)/die Versammlungen der Autonomen Gemeinschaften haben Initiativrecht (87)/die Autonomen Gemeinschaften genießen finanzielle Autonomie (156); die Finanzmittel stammen aus eigenen Steuern und Zuweisungen des Staates (157)
Tschechische Republik	Einheitsstaat (1); Anerkennung territorialer Komplexe der Selbstverwaltung, gegliedert in Gemeinden und Kreise (8, 99)	Territoriale Selbstverwaltungskomplexe mit eigenem Vermögen, eigenem Haushalt und mit eigenen Vertretungen; Wirkungsbereich der Vertretungen gesetzlich geregelt; Ausübung der Staatsverwaltung durch Selbstverwaltungsorgane gesetzlich geregelt (100–105)
Ungarn	Einheitsstaat mit örtlichen Selbstverwaltungen (41–44)	Rechte und Pflichten der örtlichen Selbstverwaltungen für Komitate und Kommunen sind gesetzlich geregelt (42, 43); Kompetenzen in Angelegenheiten der Selbstverwaltung durch gewählte Organe oder örtliche Volksabstimmung (44, 44a)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Einheitsstaat; Regionalautonomie für Schottland, Wales und Nordirland (Gesetze zur Regionalautonomie: Government of Wales Act, Scotland Act, Northern Ireland Act 1998)	Begrenzte Regionalautonomie für die drei Regionen/Schottland: Regionalparlament und eigene Regierung, Parlament mit beschränkten Gesetzgebungskompetenzen und eigene Regierung mit beschränkten Vollzugskompetenzen (Scotland Act)/Wales: Regionalparlament aber ohne Gesetzgebungskompetenzen, geringe Vollzugskompetenzen (Government of Wales Act)/Nordirland: Regionalparlament und eigene Regierung mit erheblichen Kompetenzen in bestimmten Politikfeldern, „devolved matters“ (Northern Ireland Act)
Zypern	Einheitsstaat mit formalen Selbstverwaltungsrechten für die griechische und die türkische Volksgruppe; Republik faktisch ohne Beteiligung der türkischen Minderheit	Formal Quotenregelung bei den Volksgruppen u. a. für Minister und Abgeordnete, Doppelbesetzung von Ämtern, Mehrsprachenregelung (1, 2, 3, 46, 62, siehe oben)/zwei Volksgruppenkammern als Selbstverwaltungsorgane; allgemein, direkt und geheim von den Mitgliedern der jeweiligen Volksgruppe gewählt; Wahlperiode: fünf Jahre (93, 94)/Kammern mit Gesetzgebungskompetenzen u. a. in den Bereichen Religion, Bildung und Kultur, Personenstand, Steuern und Abgaben für Selbstverwaltungsaufgaben (87); Richtlinienkompetenzen und Verwaltungskontrolle (89); Volksgruppenkammern de facto aufgelöst oder

	nicht besetzt/Volksgruppen mit dem Recht auf Unterstützung aus dem „Mutterland“ für Bildung, Kultur etc. (108)
--	--

	<i>Einflussbeziehungen zwischen Zentralstaat und subnationalen Einheiten</i>
Belgien	Gemeinschaftsparlamente wirken über die Wahl von Senatoren mittelbar an der Gesetzgebung mit (67)
Bulgarien	Der Staat unterstützt das normale Funktionieren der Gemeinden, z. B. durch Mittel aus dem Staatshaushalt (141)/die Verwaltung der Gebiete obliegt einem vom Ministerrat ernannten Gebietsverwalter, der u. a. die Durchführung der Staatspolitik gewährleistet (143)/Kontrolle der örtlichen Organe durch zentrale Staatsorgane nur, wenn gesetzlich vorgeschrieben (144)
Dänemark	Keine Regelung
Deutschland	Vorrang von Bundesrecht vor Landesrecht (31)/Möglichkeit des Bundeszwangs gegen Länder bei Nichterfüllung ihrer Pflichten (37)/„Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit“ (50)
Estland	Keine Regelung
Finnland	Keine Regelung
Frankreich	Abgeordnete der Gebietskörperschaften wirken über die Wahl der Senatoren mittelbar an der Gesetzgebung mit (gesetzlich geregelt)
Griechenland	Regionale Staatsorgane mit Zuständigkeit bei regionalen Angelegenheiten; allgemeine Richtlinienkompetenz, Kontrolle und Koordination bei zentralstaatlichen Behörden (101, siehe oben)
Irland	Keine Regelung
Italien	Im Falle eines Zuständigkeitskonflikts zwischen Regierung und Region entscheidet das Verfassungsgericht (127)/in Ausnahmefällen kann die Regierung anstatt der Regionen handeln (120)
Lettland	Keine Regelung
Litauen	Die Regierung organisiert die Verwaltung; das Parlament kann vorübergehend direkte Verwaltung in den Gemeinden einführen (123)
Luxemburg	Keine Regelung
Malta	Keine Regelung
Niederlande	Der Kommissar des Königs ist Vorsitzender der Provinzialparlamente (125)/die Provinzen wirken über die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer an der Gesetzgebung mit (55, siehe oben)
Österreich	Der Bund hat den Ländern Gelegenheit zu geben, an der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben in Angelegenheiten des öffentlichen Auftrageswesens mitzuwirken; Zustimmung der Länder bei Angelegenheiten, deren Vollziehung Landessache ist, erforderlich (14b.4)/„Soweit eine Angelegenheit nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung der Gesetzgebung oder auch der Vollziehung des Bundes übertragen ist, verbleibt sie im selbständigen Wirkungsbereich der Länder“ (15.1)/Bund und Länder können untereinander Vereinbarungen über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbereiches schließen (15a.1) und sind zu wechselseitigen Hilfeleistungen verpflichtet (22)/bei Kompetenzkonflikten zwischen Bund und Ländern entscheidet der Verfassungsgerichtshof (138)
Polen	Durch Gesetz kann den Einheiten der örtlichen Selbstverwaltung die Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben übertragen werden (166.2)/Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den Organen der örtlichen Selbstverwaltung und der Regierungsverwaltung entscheiden die Verwaltungsgerichte (166.3)/Aufsichtsorgane über die Tätigkeit der lokalen Selbstverwaltungseinheiten (171.1)/auf Antrag des Vorsitzenden des Ministerrates kann der Sejm ein Entscheidungsorgan der örtlichen Selbstverwaltung auflösen, falls dieses die Verfassung oder die Gesetze grob verletzt (171.3)
Portugal	Die Regionalversammlungen der autonomen Regionen legen dem Parlament ihre politisch und verwaltungsmäßigen Statuten und die Wahlgesetze für die Regionalebene vor; das Parlament befindet über sie (161, 226)/die Hoheitsgewalt der Republik ist in jeder autonomen Region durch einen Vertreter repräsentiert, der regionale Gesetze gegenzeichnet (230, 233)/die Regionalversammlungen können unter Umständen die Tagesordnung des Parlaments mitbestimmen (176); Vertre-

	ter der autonomen Regionen haben in den Parlamentsausschüssen Anwesenheitsrecht, in denen regionale Vorhaben erörtert werden (178)/die regionalen Organe können vom Präsidenten nach Anhörung des Staatsrates aufgelöst werden (234)/die Verwaltungsregionen wirken an der Ausarbeitung der nationalen Pläne mit (258)/jeder Verwaltungsregion kann ein Vertreter der Regierung zugeordnet werden (262)
Rumänien	Die Regierung setzt in den Bezirken und in Bukarest einen Präfekten ein, der die Regierung auf lokaler Ebene repräsentiert und die dezentralisierten Dienste lenkt, aber den lokalen Räten nicht vorsteht (123)
Schweden	Keine Regelung
Slowakische Republik	„Der Staat kann in Angelegenheiten einer Gemeinde oder einer übergeordneten Gebietseinheit nur durch gesetzlich festgelegte Mittel eingreifen“ (67)
Slowenien	„Die Staatsorgane beaufsichtigen die Gesetzmäßigkeit der Tätigkeit der Organe der lokalen Selbstverwaltungsgemeinschaften“ (145)
Spanien	Die Provinzversammlungen, die eine Gemeinschaft bilden wollen, legen dem Parlament ihre politisch-verwaltungsmäßigen Statuten vor; das Parlament befindet über sie (146, 147); bei Annahme stehen den Gemeinschaften Organe zu (152), die durch die Regierung und das Verfassungsgericht kontrolliert werden (153)/bei Verstoß der Autonomen Gemeinschaft gegen ihre Pflichten kann die Regierung mit Billigung der absoluten Mehrheit des Senates Zwangsmaßnahmen ergreifen (155)
Tschechische Republik	Wirkungsbereich der Vertretungen muss vom Parlament per Gesetz beschlossen werden (104)/die Vertretung eines höheren territorialen Selbstverwaltungskomplexes hat Initiativrecht im Abgeordnetenhaus (41)
Ungarn	Das Parlament kann die Grundrechte der Selbstverwaltungen beschränken und über deren Territorium und Gestaltung beschließen (19, 44c)/aufgrund eines Gesetzes oder einer Verordnung können Bürgermeister Verwaltungsaufgaben des Staates erledigen (44b)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Genaue Regelungen in den Gesetzen zur Regionalautonomie (Government of Wales Act, Scotland Act, Northern Ireland Act 1998)
Zypern	Volkgruppenkammern wirken am Gesetzgebungsprozess mit (87)/Quoten und Anteile der beiden Volksgruppen an staatlichen Institutionen (siehe oben)

Europäische Union: Integrationsfördernde Regelungen

Belgien	Ein Gesetz kann das Stimmrecht bei Wahlen für Unionsbürger regeln (8)
Bulgarien	Die „für die Republik Bulgarien in Kraft getretenen internationalen Verträge sind Bestandteil des innerstaatlichen Rechtes. Sie haben Vorrang vor ihnen widersprechenden Normen der innerstaatlichen Gesetzgebung“ (5)
Dänemark	Keine Regelung
Deutschland	Deutschland wirkt bei der Entwicklung der Europäischen Union mit; der Bund kann per Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen; „In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten“; „Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären“ (23)/Unionsbürgern mit Wohnsitz in Deutschland kann das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden gewährt werden (28)/die Aufgaben und Befugnisse der Bundesbank „können im Rahmen der Europäischen Union der Europäischen Zentralbank übertragen werden“ (88)
Estland	Keine Regelung
Finnland	Mitwirkung des Parlaments bei der nationalen Vorbereitung von Angelegenheiten, die die EU betreffen, Recht auf Unterrichtung (96, 97); die EU-Politik macht die Regierung (93)/in Finnland dauerhaft wohnende Ausländer mit mindestens 18 Jahren haben das Wahlrecht bei Kommunalwahlen und kommunalen Volksabstimmungen (14)
Frankreich	Frankreich wirkt an den Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union mit; es überträgt die notwendigen Kompetenzen zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Festlegung der Regelungen über den freien Personenverkehr; es kann Unionsbürgern mit Wohnsitz in Frankreich das aktive und passive Wahlrecht bei Gemeindewahlen gewähren; Vorlagen von Gemeinschaftsregelungen, die Bestimmungen mit Gesetzescharakter enthalten, werden von der Regierung unmittelbar an die Nationalversammlung und den Senat weitergeleitet (88; eine neue Fassung des Artikels erhielt nur bei Inkrafttreten des Vertrages über eine Verfassung für Europa Geltung)
Griechenland	Möglichkeit zur Einschränkung der Ausübung nationaler Souveränität und zur Zuerkennung verfassungsmäßiger Zuständigkeiten an Organe internationaler Organisationen als Grundstein für die Teilnahme des Landes an der Europäischen Integration (28, auslegende Erklärung)
Irland	Klauseln zur Ratifizierung der EEA, der Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza; „keine Bestimmung dieser Verfassung macht staatliche Gesetze, Handlungen oder Maßnahmen ungültig, die in Erfüllung der Mitgliedschaftspflichten der Europäischen Union oder der Europäischen Gemeinschaften notwendig sind oder hindert (EU-)Gesetze (...) daran, im Staate Rechtskraft zu erlangen“ (29)
Italien	Keine Regelung
Lettland	Keine Regelung
Litauen	Das Parlament ratifiziert internationale Verträge u. a. zur Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (138); Mitgliedschaft in der EU, Übernahme europäischen Rechts und Kompetenzverteilung zwischen Regierung und Parlament (Verfassungsgesetz von 2004)/Ausländer mit Wohnsitz in den Bezirken haben Wahlrecht auf lokaler Ebene (119)
Luxemburg	„Die Ausübung von Befugnissen, die von der Verfassung der gesetzgebenden, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt vorbehalten sind, kann durch Vertrag vorübergehend Institutionen des internationalen Rechts übertragen werden“ (49a)
Malta	Gesetzgebung durch das Parlament muss konform sein u. a. mit Maltas internationalen und regionalen Verpflichtungen, vor allem mit denen, die durch den Beitritt zur EU eingegangen wurden (65)
Niederlande	Keine Regelung
Österreich	Der Bund hat die Länder unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union, die für sie von Interesse sein können, zu unterrichten und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (23d.1); der Bund ist an einheitliche

	Stellungnahmen der Länder gebunden (23d.2); Nationalrat und Bundesrat müssen unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der EU unterrichtet werden (23e.1)/Stellungnahmen des Nationalrates oder des Bundesrates sind bindend (23e.2, 23e.6)/Österreich wirkt an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit (23f)/die Tätigkeit von Organen fremder Staaten im Inland sowie die Tätigkeit österreichischer Organe im Ausland im Rahmen des Völkerrechts wird durch Gesetz oder einen Staatsvertrag nach Art. 50 Abs. 1 geregelt (9.2)/Unionsbürgern kann das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen in Gemeinden gewährt werden (117)
Polen	„Aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages kann die Republik Polen einer internationalen Organisation oder einem internationalen Organ die Kompetenz von Organen der staatlichen Gewalt in bestimmten Angelegenheiten übertragen“ (90)/der völkerrechtliche Vertrag und das von internationalen Organisationen hervorgebrachte Recht haben, sofern sie von der Republik Polen ratifiziert wurden, Vorrang vor Gesetzen (91)/über Einsatz der Streitkräfte außerhalb der Republik Polen bestimmt ein völkerrechtlicher Vertrag oder das Gesetz (117)
Portugal	„Portugal verpflichtet sich, den europäischen Einigungsprozess und die Vorhaben der europäischen Staaten für Demokratie, Frieden, wirtschaftlichen Fortschritt und Gerechtigkeit unter den Völkern zu unterstützen“ (7); „Portugal ist ermächtigt, nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und unter Beachtung der fundamentalen Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats und des Subsidiaritätsprinzips (...) (die) zur Bildung oder Festigung der Europäischen Union erforderlichen Befugnisse zu treffen (7)/die Versammlung hat die Kompetenz, „die Teilnahme Portugals am europäischen Einigungsprozess nach Maßgabe des Gesetzes zu verfolgen und zu prüfen“ (163), sie kann sich zu Angelegenheiten äußern, die innerhalb der Europäischen Union zu beschließen sind (161); sie bestimmt die portugiesischen Mitglieder in Organen der Europäischen Union mit Ausnahme der Kommission (164); die Regierung ist befugt, der Versammlung der Republik (...) Auskunft über den europäischen Einigungsprozess zu geben“ (197)/das Gesetz kann Unionsbürgern mit Wohnsitz in Portugal das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament sowie Ausländern allgemein das Wahlrecht bei Wahlen auf kommunaler Ebene gewähren (15)
Rumänien	Bestimmungen zum EU-Beitritt; mit dem EU-Beitritt haben europäische Rechtsakte Vorrang vor gegensätzlichen nationalen Bestimmungen, die staatlichen Institutionen achten auf die Annahme der EU-Bestimmungen (148)/Unionsbürger haben das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen auf lokaler Ebene (16)/rumänische Bürger haben das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum EU-Parlament (38)
Schweden	„Der Reichstag kann im Rahmen der Zusammenarbeit in der Europäischen Union Beschlussrechte übertragen, soweit sie die Grundsätze der Staatsform nicht berühren“ und Freiheits- und Rechtsschutz gewährleisten (10.5)
Slowakische Republik	„Die Slowakische Republik kann durch einen internationalen Vertrag (...) die Ausübung eines Teils ihrer Befugnisse auf die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union übertragen. Bindende Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union haben Vorrang vor den Gesetzen der Slowakischen Republik“ (7)/Ausländer mit Wohnsitz in der Slowakei „haben das aktive und passive Wahlrecht zu Selbstverwaltungsorganen der kommunalen und übergeordneten Gebietseinheiten“ (30)
Slowenien	Slowenien kann durch ein von der Nationalversammlung mit 2/3-Mehrheit ratifiziertes internationales Abkommen die Ausübung der Teile der souveränen Rechte auf bestimmte internationale Organe übertragen (3a)/„Ausländer haben in Slowenien in Einklang mit den völkerrechtlichen Verträgen alle durch diese Verfassung und durch Gesetz gewährleisteten Rechte“ (13)
Spanien	Nichtspaniern kann, wenn es durch Vertrag oder Gesetz festgelegt wird (Vertrag von Maastricht), aktives und passives Wahlrecht bei Gemeindewahlen gewährt werden (13)
Tschechische Republik	„Bestimmte Befugnisse von Organen der Tschechischen Regierung können durch Vertrag auf internationale Organisationen oder Institutionen übertragen werden“ (10a)
Ungarn	Ungarn kann als Mitgliedstaat der EU einzelne Kompetenzen gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten ausüben; „diese Kompetenzausübung kann auch eigen-

	ständig, durch die Institutionen der Europäischen Union realisiert werden“ (2a); „die Republik Ungarn wirkt (...) an der Schaffung der europäischen Einheit mit“ (6)
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	Keine Regelung
Zypern	Keine Regelung

Die EU-Staaten im Vergleich
Strukturen, Prozesse, Politikinhalt
Gabriel, O.; Kropp, S. (Hrsg.)
2008, VII, 745 S., Softcover
ISBN: 978-3-531-42282-4